

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 237 · 20. JAHRGANG · AUSGABE 10/2014 VOM 14. OKTOBER 2014 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Fördert die Stadt
Eberswalde Dumpinglöhne?**
Vergabe von Postdienstleistungen

7 | **Aufstand
in Klandorf**
Bürgerinitiative für Pflasterstraße

14 | **Die Schale des Krieges
senkt sich (Teil 1)**
Eine Denkschrift mit Folgen

Schließung des Eberswalder Bahninstandsetzungswerkes:

Die Ohnmacht überwinden

»Ganz Eberswalde muß sich jetzt erheben«

Der Kommentator im »Barnim-Geflüster« (MOZ, 11./12.10.2014) brachte es auf den Punkt. In den teils wirren, sich widersprechenden Äußerungen der Politikvertreter aller Ebenen nach der Hiobsbotschaft zur Schließung des Eberswalder Bahninstandsetzungswerkes kommt vor allem eines zum Ausdruck: Die Ohnmacht »der Politik« gegenüber »der Wirtschaft«.

Dabei handelt es sich bei der Deutschen Bahn AG nicht um ein privatkapitalistisches, sondern um ein hundertprozentiges Staatsunternehmen, das aber spätestens seit der Einführung des Neoliberalismus in der BRD während der Kanzlerschaft des Sozialdemokraten Gerhard Schröder der gleichen unternehmensegoistischen Logik folgt wie die meisten Unternehmen in privatem Eigentum.

Der BRD-Staat ist vor allem dazu da, die Interessen dieser Privatwirtschaft zu vertreten und zu gewährleisten. Dazu gehört durchaus

auch, daß übermäßige Gier und Aggressivität einzelner Kapitalgemeinschaften im Interesse der Kapitalgesamtheit staatlich gezügelt wird. Um zu begreifen, daß dies um so schwieriger wird, je größer und monopolartiger die einzelnen Kapitalgemeinschaften sind, braucht man sicherlich nicht erst »Das Kapital« von Karl Marx lesen.

Das Staatsunternehmen Bahn hat zwar nicht mehr offiziell, aber faktisch in der BRD das Monopol als schienengebundenes Transportunternehmen. Die zugelassene Scheinkonkurrenz dient im wesentlichen dazu, bei der Bahn AG einigermaßen begründet das Prinzip des *shareholder value* umzusetzen und zugleich das einst Staatsunternehmen unterstellte Axiom des Nutzens für das Gemeinwohl ad acta legen zu können.

Zu dem substanzerstörerischen Shareholder-Value-Ansatz kommt bei der Bahn AG noch die besondere Sicht des Vorstandes, die sich offensichtlich an Alt-BRD-Kanzler Konrad Adenauer orientiert, der mal gesagt haben soll: »Hinter Deutz (Stadtteil von Köln auf dem rechten Rheinufer – gm) beginnt Sibirien«. Zumindest ist auffällig, daß der »Unternehmensoptimierung« ausgerechnet zwei Ost-Standorte zum Opfer fallen.

Wesentlicher ist das, was der bündnisgrüne Fraktionsvorsitzende im Brandenburger Landtag Axel Vogel formuliert: Die Schließung des Bahnstandortes Eberswalde ist Ergebnis einer rückwärtsgewandten Verkehrspolitik. »In Zeiten zunehmender Umweltbelastungen durch den Verkehr und einem sich ändernden Mobilitätsbewußtsein in der Bevölkerung bieten sich für die Bahn grundsätzlich hervorragende Perspektiven im Güterwie im Personentransport. Allerdings müssen diese auch genutzt werden.« Dann könnte eine Schließung der beiden Werke in Eberswalde und Zwickau noch vermieden werden.

»Die Einstellung des IC-Verkehrs von Berlin nach Breslau (Wroc?aw – gm), die darauf zurückgeht, daß die DB mit einer bahneigenen Fernbuslinie dem Schienenverkehr die Kunden wegnimmt, sei hier beispielhaft genannt. Aber insbesondere die Konzentration des DB AG-Tochterunternehmens DB Schenker im Schienengüterverkehr auf die Filetstücke des Güterfernverkehrs führt zum verringerten Einsatz von rollendem Material und damit zur Unterlastung der bahneigenen Instandhaltungswerke für Güterwaggons. Einher geht damit gleichzeitig die umweltpolitisch unerwünschte Verlagerung von Gütertransportleistungen auf den Straßenverkehr.«

Dem ist wenig hinzuzufügen. Mehr Güterfernverkehr per Schiene würde ganz nebenbei auch dem städtischen Binnenhafen helfen, der über beträchtliche Umladekapazitäten Straße-Schiene-Schiff verfügt. Der Schrei nach einer Umgehungsstraße hingegen folgt der Ideologie einer Dominanz des Straßenfernverkehrs.

Fortsetzung auf Seite 2



Der Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen (AWF) der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung ist solidarisch mit den Beschäftigten des Bahninstandsetzungswerkes. Der Ausschußvorsitzende DIETMAR ORTEL (CDU, 2. v. r.) hatte die Mitglieder und Sachkundigen Einwohner des AWF eingeladen, vor Ausschußsitzung am 9. Oktober das Bahnwerk in der Eisenbahnstraße zu besuchen. CARSTEN ZINN (Alternatives Wählerbündnis Eberswalde, 1. v. l.), VIKTOR JEDE und LUTZ LANDMANN (beide SPD, 3. u. 1. v. r.) nutzten die spontane Gelegenheit, um mit dem ehrenamtlichen Betriebsrat THOMAS BARLEBEN (2. v. l.) zu sprechen.

»Aufgrund der kritischen Situation«, sagte Ortel, »ist unsere Solidarität und Verbundenheit mit den Mitarbeitern und dem Wirtschaftsstandort der DB in Eberswalde notwendig.«

Angeregt wurde der Besuch des Ausschusses im Bahnwerk von Carsten Zinn: »Die Schließung eines weiteren Eberswalder Traditionsunternehmens, in dem Tariflöhne und betriebliche Mitbestimmung kein Fremdwort sind, gilt es mit allen Mitteln zu verhindern«. Mit dem Werksbesuch will Zinn nicht nur Solidarität mit den Beschäftigten demonstrieren, sondern »die Verantwortlichen der DB AG auffordern, das Werk nicht zu schließen. Gleichzeitig soll eine klare Botschaft an die Bevölkerung von Eberswalde und der Region gesendet werden, daß sie ebenfalls Solidarität mit den Betroffenen üben. Ganz nach dem Motto: Wer nicht kämpft hat schon verloren!« (Seite 12)

Unheimliche Vorgänge

Vor den aufgeregten Berichterstattungen über kriegerische Auseinandersetzungen kann man sich seit einiger Zeit nicht mehr retten. Diese unverschämte Propaganda der Rüstungslobby und der Erdöllieferanten läuft auf allen Kanälen zur besten Sendezeit. Was das dümmliche Geplapper wohl kostet und was es bewirkt?

In diesem Zusammenhang machen unheimliche Vorgänge in der Heeresbeschaffung wirklich Hoffnung. Man glaubt es kaum, die deutsche Armee schafft sich Stück für Stück klammheimlich selbst ab. Das geschieht ohne Befehl, im Verborgenen und durch vereinten kollektiven Ungehorsam. Soldaten, Offiziere und Generale aus allen Heeresteilen machen mit. Sogar die Ministerin beteiligt sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Natürlich können die Verteidiger des Vaterlandes nicht öffentlich zugeben, daß sie abrüsten. Das wäre in Deutschland wohl strafbar.

Besonders eifrig wirken die Generale im Heeresbeschaffungsamt. Sie kaufen einfach still und sorgfältig getarnt überbewerteten Schrott. Die Rüstungslieferanten freuen sich darüber, wie gut ihre Propaganda wirkt und wie sie den Staat betrügen.

Dieses unerhörte Vorgehen der Beschaffer hat mehrere Vorteile. So reicht das Geld nur für ein paar unnötige Geräte, an denen unbeabsichtigt wichtige Teile fehlen und erst im folgenden Jahr geliefert werden können. So lange kann das teure Zeug nicht eingesetzt werden. Manchmal vergessen die Lieferanten einfach die Zulassung beim TÜV. Oder die Beschaffung dauert so lange, daß die Waffen schon veraltet sind, bevor geliefert wird.

Wenn das Material da ist, müssen erst Spezialisten ausgebildet werden. Oder der einzige qualifizierte Kanonier ist im Vaterurlaub. Das kann man gut verstehen. Die Beamten und Angestellten beim Heer wollen ihre Rübe nicht für andere hin halten. Sie haben einen gut bezahlten Job und hängen wie wir am Leben.

Eine entscheidende Rolle spielen auch die Journalisten. Damit es auch der letzte Mensch auf der Erde erfährt, posaunen sie ihre Erkenntnisse über die kampfunfähige deutsche Armee pausenlos auf allen Kanälen und zu jeder Tages- und Nachtzeit heraus. Vielleicht merken sie bald, daß nun erst Recht gar keiner mehr Angst haben kann vor den deutschen Kriegern mit ihrem Schrott. Bis die Rüstungslobby merkt, wie ihnen dadurch die Auftraggeber abhanden kommen, werden wir uns noch eine Weile das aufgeregte Geplapper anhören müssen.

Und irgendwann merkt es auch die Grüne Partei. Wir können gar nicht mehr in den Krieg ziehen. Hinter dem unheimlichen Getöse der vereinigten Journalisten und Rüstungslobbyisten verschwindet das deutsche Heer, die glorreiche Luftwaffe und die Hochseemarine von der Bildfläche. Dann ist es endgültig vorbei. Schluß, Aus, Ende.

Dr. MANFRED PFAFF

Fortsetzung von Seite 1:

Die Ohnmacht überwinden

»Ganz Eberswalde muß sich jetzt erheben«, sagte der Stadtverordnete Carstem Zinn (Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde) am 9. Oktober im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen. »Wenn das Werk zugemacht wird, ist das für die Stadt eine Katastrophe. Wir brauchen jetzt den Druck auf der Straße – das sage ich jetzt ganz bewußt, 25 Jahre nach der Wende.«

Dem stimmte Viktor Jede (SPD) ausdrücklich zu: »Wir müssen alle geschlossen dagegen vorgehen. Die Eberswalder Bürger müssen auf die Straße gehen. Ich wünsche mir, daß alle 40.000 Eberswalder vor den Bahnwerkstoren stehen, um gegen die Schließung Sturm zu machen.« Wenn das Werk geschlossen werde, so Jede weiter, »müssen wir mit einem massiven Einbruch der Umsatzzahlen in den Eberswalder Geschäften und bei den Kleinunternehmern rechnen. Die 500 Bahnwerksbeschäftigten gehören zu den wenigen, die in Eberswalde nach Tarif bezahlt werden. Doch nicht nur sie, sondern schätzungsweise 20 Prozent der Eberswalder werden davon betroffen sein. Denn die Werksschließung trifft genauso die vielen Zuliefer- und Serviceunternehmen, wie Wach- und

Reinigungsfirmen, Transportunternehmen und vieles andere mehr. Das gesamte Ausmaß können wir jetzt noch gar nicht einschätzen. Aber die Eberswalder Wirtschaft wird massiv einbrechen. Das hat dann auch Auswirkungen auf die Steuereinnahmen der Stadt. Die Werksschließung wird sich sehr stark sowohl auf den Umfang der Gewerbe- als auch der Einkommenssteuer auswirken.«

Der Aufstand in einer ostdeutschen Provinzstadt dürfte die Wirtschaftsmächtigen in der linksrheinischen Konzernzentrale indes kaum beeindrucken. Selbst eine Besetzung und Inbesitznahme des Werkes durch die Beschäftigten würde kaum etwas bringen, da ausschließlich Bahnaufträge bearbeitet werden. Insofern spiegelt sich auch in den Äußerungen der beiden Ausschußmitglieder die eingangs dozierte Ohnmacht. Andere, von denen man das erwarten könnte, äußern vielleicht deshalb lieber gar nicht. Wenn dieser Aufstand zum Teil einer gesellschaftlichen Bewegung zur Änderung der generellen Politik in diesem Land werden würde, sähe es möglicherweise anders aus.

GERD MARKMANN

Veraltete Waffen zum überbewerteten Preis zu kaufen, das ist eine innovative Form der allgemeinen Abrüstung als der wichtigsten Voraussetzung für einen allgemeinen Frieden in der Welt.



Eberswalder Bürgerbudget 2015:

Stimmtaler für MAXE

Entscheidung über Fortbestand des Eberswalder Kiezmagazins

Eberswalde (bbp). Das Kiezmagazin für das Brandenburgische Viertel MAXE hat sich am diesjährigen Bürgerbudget beteiligt. Der Antrag steht unter der Nummer 86 am »Tag der Entscheidung« am 21. Oktober in der Stadthalle (Hufeisenfabrik) im Familiengarten zur Abstimmung. Einlaß ist von 17 bis 18 Uhr. Wer später kommt, muß damit rechnen, keine Stimmtaler mehr zu bekommen.

Im Erfolgsfall erhält das Kiezmagazin eine solide und vor allem dauerhafte finanzielle Basis. Bisher glichen die MAXE-Macher aufgelaufene Defizite immer wieder aus der eigenen Tasche aus. Dies wird künftig nicht mehr möglich sein. Einnahmen durch Verkäufe, Anzeigen oder Spenden decken bislang etwa ein Drittel der Kosten. »Immerhin«, schreibt

MAXE in seiner Oktoberausgabe, »aber auf Dauer ist das zu wenig. Daher wird MAXE voraussichtlich im Dezember 2014 zum letztenmal erscheinen, es sei denn...«

MAXE weist darauf hin, daß alle, die am 21. Oktober, dem »Tag der Entscheidung« beim Eberswalder Bürgerbudget, MAXE unterstützen wollen, schon bis 18 Uhr im Familiengarten sein müssen, weil danach keine Stimmtaler mehr ausgegeben werden. Allerdings hat der Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen zugestanden, daß für verspätete Ankömmlinge möglicherweise auch Ausnahmen gemacht werden. Das ist vor allem für all jene wichtig, die an diesem »Behördentag« bis 18 Uhr arbeiten müssen. Der Einlaß beginnt um 17 Uhr.

Fördert die Stadt Dumpinglöhne?

Vergabevorschlag zu Postdienstleistungen unverändert im Hauptausschuß

Eberswalde (bbp). Seit März des Jahres werden die Postdienstleistungen der Stadtverwaltung Eberswalde per dreimonatigen Interimsvergaben erledigt. Im Oktober begann nun bereits die dritte Interimsperiode. Nutznießer war jeweils die City Brief Bote GmbH (CBB), die diese Leistungen schon vorher erbrachte und der erklärte Wunschpartner der Verwaltung ist.

Am 20. Februar war die Vergabe vom städtischen Hauptausschuß abgelehnt worden, weil erhebliche Zweifel bestanden, daß der CBB seinen Mitarbeitern den Mindeststundenlohn von 8,50 Euro gemäß Brandenburgischem Vergabegesetz zahlt.

Im September spendierte die Stadtverwaltung den Mitgliedern des Hauptausschusses eine umfangreiche PowerPoint-Präsentation zur Darstellung der Lage. Die Verwaltung hatte sich zunächst an das Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten und dann an das Innenministerium als Obere Kommunalaufsicht gewandt. Beide Ministerien verwiesen auf die Untere Kommunalaufsicht des Landkreises als verantwortliche Stelle.

Heraus kam, daß der CBB seinen Mitarbeitern normalerweise einen Stundenlohn von 6,70 Euro zahlt. Mittels einer komplizierten Mischkalkulation erhöht sich der Lohn auf 6,80 Euro. Grundlage für diese Rechnung ist eine Ausnahmeregelung zum Vergabegesetz, die sich die Ministerialbeamten des Wirt-

schaftsministeriums ausgedacht haben. Darauf beruft sich nun die Barnimer Kommunalaufsicht und behauptet, der CBB habe »einen Anspruch auf die Vergabe der Postdienstleistungen an ihn, da gesetzliche Vorgaben eingehalten« würden. Richtigerweise müßte es allerdings statt »gesetzliche Vorgaben« heißen: »ministerielle Ausnahmeregelung«.

Die Stadtverwaltung hat ihre Schlußfolgerung gezogen und den Vergabevorschlag vom Februar völlig unverändert auf die Tagesordnung der Hauptausschußsitzung am 16. Oktober gesetzt. Auf der Septembersitzung äußerte einzig Carsten Zinn von der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde Widerspruch, während sich die Vertreter der Sozialdemokraten und Linken, beide für das Vergabegesetz verantwortlich, zurückhielten. Alle zusammen könnten sie die Vergabe zu Dumpinglöhnen verhindern.

Ansonsten würde es Realität, daß die Stadt Leistungen vergibt, für deren Umsetzung die Beschäftigten mit Löhnen weit unter 8,50 Euro – dem Mindestlohn nach Brandenburgischem Vergabegesetz – abgespeist werden. Zudem ist schon jetzt klar, daß es keine realen Möglichkeiten der Überprüfung gibt, ob bei den CBB-Beschäftigten, die meist für Stücklohn und in Minijobs auf 400 Euro-Basis arbeiten, wenigstens die theoretisch errechneten zehn Cent mehr pro Stunde ankommen.

»Leerstand kreativ nutzen«

Eberswalde (bbp). Die Initiativegruppe aus mehreren Vereinen und Gruppen, die im ehemaligen KOMM-Zentrum im Kupferhammerweg 1 an der Bahnhofsbrücke die gegenwärtig leerstehenden Räumlichkeiten gemeinsam nutzen wollen, haben am 30. September ihr Konzept »Leerstand kreativ nutzen« erstmals im städtischen Ausschuß für Kultur, Soziales und Integration (AKSI) vorgestellt. Weitere Ausschüsse sollen folgen.

Im einstigen KOMM-Zentrum, das der Stadt gehört und zuletzt von der Volkssolidarität als Begegnungsstätte genutzt wurde, will die Initiative einen »Offenen Ort« und offene Werkstätten anbieten, wo kreative Ideen ausprobiert und Möglichkeiten für einen nachhaltigen Lebensstil entwickelt werden können.

Daß die Initiative ihr Konzept in den Ausschüssen der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung (StVV) präsentiert, hatte Carsten Zinn angeregt, der mit dem Mandat der Alternativen Liste Eberswalde (ALE) in der StVV sitzt und damit unmittelbar das Wahlprogramm der ALE umsetzt, in dem es heißt: »Besonderer Förderung bedürfen Initiativen, in deren Ergebnis Möglichkeiten für eine neue und andere Konsumtions-, Produktions- und Lebensweisen entstehen.«

Die bündnisgrüne Fraktionsvorsitzende Karen Oehler hält das Objekt Kupferhammerweg 1 für eine Nutzung, wie sie von der Initiative vorgeschlagen wird, sehr gut geeignet. Daher fragte sie im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt, der am 7. Oktober zusammenkam, nach den laufenden Kosten für das Objekt. Sie bat um die Beantwortung folgender Fragen:

· Welche jährlichen Kosten fallen derzeit für das Gebäude an (Betriebskosten, u. a. für die Temperierung des Hauses, Schutz vor Vandalismus, Reparaturen und ggf. weitere Kosten)?

· Ist es kurzfristig möglich, durch Nutzung nur einzelner Etagen oder Gebäudeteile die Betriebskosten des Gebäudes zu senken? Sind dafür technische Voraussetzungen, die bauliche Maßnahmen erfordern, zu schaffen? Welche Kosten sind ggf. einzuplanen?

· Welche Reparaturen und Instandsetzungsarbeiten sind kurz- und längerfristig notwendig? Sind darunter Arbeiten, die in Eigeninitiative der Nutzer erbracht werden könnten?

· Ist es aus Sicht der Stadt Eberswalde denkbar, daß Eigenleistungen der Nutzer angerechnet oder mit anderen Leistungen verrechnet werden (z.B. Nutzer erbringen Arbeitsleistung und die Stadt unterstützt im Gegenzug durch Übernahme von Betriebskosten)?

Umweltpreis 2014

Auch 2014 schreiben Bündnis 90/Die Grünen wieder den Barnimer Umweltpreis aus. Der Preis ist mit 750 Euro dotiert, gespendet vom bündnisgrünen Eberswalder Stadtverordnete Andreas Fennert aus seinen WHG-Aufsichtsratsbezügen.

Ausgezeichnet wird besonderes ehrenamtliches Engagement, Eigeninitiative und Kreativität beim Schutz von Natur, Umwelt und Klima sowie in der Umweltbildung. Bewerben können sich Einzelpersonen, Gruppen und Vereine aus dem Landkreis Barnim. Projekte mit Kindern und Jugendlichen sind besonders willkommen. Preisvorschläge sind ebenfalls möglich. Bewerbungen und Vorschläge können bis zum 24. Oktober eingereicht werden (Bündnis 90/Die Grünen, Friedrich-Ebert-Str. 2, 16225 Eberswalde).

Die Preise 2013 gingen an die Naturschützer Otto Manowski und Klaus-Herrmann Mewes aus Joachimsthal, den Verein Igelstation Schorfheide e.V. und die Initiativegruppe Gemeinschaftsgarten Ostend aus Eberswalde.

ANDREAS FENNERT

Gemeinsame Grillparty

Die warme Jahreszeit ist inzwischen nur noch Erinnerung. In guter Erinnerung ist noch die erste gemeinsame Veranstaltung der Volkssolidaritäts-Ortsgruppe Schwärzetal und der Eberswalder Regionalgruppe der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V. im Juni des Jahres. Die grüne Umgebung des Wald-Solar-Heimes in der Brunnenstraße lockte zum Grillnachmittag.

Trotz des aufziehenden Unwetters kamen die meisten Gäste noch trockenen Fußes an. Allein dies war für die zum Teil Hochbetagten schon eine Leistung. Gekommen war auch ANDREA HOEHNE, Ortsgruppenkoordinatorin der Volkssolidaritätsgeschäftsstelle Eberswalde, um langjährige Mitglieder der Volkssolidarität zu ehren. Zur 40jährigen Mitgliedschaft in der Volkssolidarität überreichte Andrea Hoehne vor der uralten Kulisse des prasselnden Feuers Nelken und Urkunden an DIETRICH HÄUBER, Dr. KÄTHE KOEPKE und Dr. VIKTOR KEOPKE. HERBERT RADTKE hatte seine Ehrung für 25 Jahre Treue zur Volkssolidarität bereits anlässlich seines 90. Geburtstages im März erhalten. Umgekehrt dankte die Ortsgruppe Schwärzetal der Koordinatorin für ihre regelmäßige Unterstützung mit einem Blumenstrauß.

Schließlich lockte der Duft vom Grill zur gemeinsamen Mahlzeit. Der Gesprächsstoff ging nicht aus, so daß der Nachmittag nicht zu lang wurde. Da es allen gut gefallen hat, sind beide Interessengruppen hochmotiviert, weitere gemeinsame Veranstaltungen zu planen. Eine schöne Anregung für andere Gruppen der Volkssolidarität.

WILHELM LANGE, Vorsitzender der Ortsgruppe 12 Schwärzetal Eberswalde

Haushalt 2015 verspätet

Eberswalde (bbp). »Nach Artikel 110 des Grundgesetzes ist der Haushaltsplan vor Beginn des Kalenderjahres, für das er bestimmt ist, durch Haushaltssatzung festzustellen. Darin sind alle zu erwartenden Einnahmen und zu leistenden Ausgaben zu erfassen.« Aufgrund absehbarer Verzögerungen hatte der Vorsitzende des Eberswalder Wirtschafts- und Finanzausschusses Dietmar Ortel bei der Verwaltung nachgefragt.

Finanzdezernent Bellay Gatzlaff bestätigte, daß diesmal die erste Lesung des Haushaltes im Dezember stattfinden werde mit nachfolgender Beschlußfassung im Januar oder Februar 2015.

»Der 30.11. als jährlicher Beschlußtermin für die Haushaltssatzung«, so der Dezernent, »steht zwar in § 67 Abs. 4 der Brandenburgischen Kommunalverfassung, allerdings handelt es sich um eine Soll-Vorschrift (keine muß-Vorschrift) und wird von den meisten Kommunen nicht geschafft. Eberswalde lag mit seinem Haushaltsbeschluß im Dezember der letzten Jahre im vorderen Drittel aller Brandenburgischen Gemeinden.« In diesem Jahr erfolgte die 1. Lesung zum einen wegen der Bürgermeisterwahl später, andererseits weil »wir für eine verlässliche Haushaltsplanung die Abrechnung der Großprojekte, wie Bürgerbildungszentrum, Stadtpromenade, Grundschule Schwärzensee u.a., brauchen, um die tatsächlichen finanziellen Spielräume einschätzen zu können. Ob die Abrechnung schon zum Jahresende vorliegt, weiß ich nicht. Je früher der Haushaltsplan vorgelegt wird, desto größer sind allerdings die Unsicherheiten.«

Eine späte Beschlußfassung zum Haushalt, so hatte Ortel angemahnt, würde in den ersten Monaten 2015 zu einer eingeschränkten Handlungsfähigkeit der Stadt führen. Das betrifft nicht zuletzt Investitionsmaßnahmen, die dann erst verspätet in Gang gesetzt werden können. Auch für Maßnahmen, die von freien Trägern realisiert werden, könnte ein verspäteter Haushaltsbeschluß negative Folgen haben.

»Klein, aber oho!«

Fraktion Freie Wähler/BKB in Schorfheide

Am 18. September haben Heinz Kinner und ich eine Fraktion innerhalb der Gemeindevertretung Schorfheide gebildet. Es wird damit die kleinstmögliche Fraktion sein. Heinz Kinner ist gewählter Gemeindevertreter von der Bürgergemeinschaft Kommunalabgaben Barnim e.V. (BKB) und wird im Haupt- und Sozialausschuß mitarbeiten. Ich (für die Freien Wähler Schorfheide) übernehme den Fraktionsvorsitz und werde im Bauausschuß tätig sein.

In unserem Gespräch zur politischen Zusammenarbeit waren wir uns einig, daß der Bürgerwille der Maßstab unseres Handelns ist. Wir wollen in erster Linie direkter Ansprechpartner für die Bürger und Mittler zwischen Politik und Gemeindeverwaltung sein. Bürgernähe und Transparenz werden wir sehr hoch halten!

Dr. ANDREAS STEINER

Appetit auf die Zukunft

Die Welt braucht unbedingt Appetit auf die Zukunft – Eberswalde ist ein Teil davon. Es erfordert viel Tatkraft, auch für gemeinsame Aufgaben die Weichen neu zu stellen – in Richtung gute Zukunft für Eberswalde. Wie viel mehr Einsatz und Willenskraft ist noch notwendig, wenn man Zukunftsverantwortung für andere Menschen übernimmt. Für Kinder, Mitarbeiterinnen, für schwächere Menschen und Unternehmer in Eberswalde.

»Appetit auf die Zukunft« ist ein wunderbares sprachliches Bild, das zeigt, daß solche Einsatzfreude viel mehr ist als nur Pflicht, daß es tatsächlich um Freude geht, um Begeisterung die sich bei der Selbstverwirklichung einstellt. Deshalb ist es wichtig, mit Lust und Elan an die Zukunft unserer Stadt zu denken. Ein Essen, zu dem wir uns ohne eigentlichen Appetit setzen, wird uns weder munden noch bekommen.

Am 19. Juni hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde mit großer Mehrheit parteiübergreifend beschlossen, den bisherigen Finanzausschuß durch den Aufgabenbereich Wirtschaft zu erweitern. Das heißt, der Tisch, an den wir uns setzen, ist reichhaltiger und vielseitiger geworden. Nutzen wir diese Chance, um uns umfangreicher an der Gestaltungsarbeit zur wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt Eberswalde zu beteiligen.

Wirtschaftspolitik ist nicht nur die Aufgabe der Verwaltung, sondern in erster Linie die Aufgabe der Stadtverordneten. Sie haben dafür den Auftrag der Wähler erhalten und müssen jetzt beharrlich an der Umsetzung der gestellten Aufgaben arbeiten.

Der Ausschuß Wirtschaft und Finanzen ist nicht mehr nur ein Ausschuß, welcher beschließt wie andere Sachbereiche der Stadt Eberswalde ihr Geld ausgeben, sondern wir können mitentscheiden, wie die finanziellen Mittel für eine zukunftsorientierte, innovative wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Eberswalde genutzt werden soll.

Migrationsbeirat Barnim wird neu gewählt

Unterlagen an 4350 wahlberechtigte Barnimer verschickt

Eberswalde (prest-bar). Anfang Oktober wurden Briefwahlunterlagen an insgesamt 4.350 Barnimer mit Migrationsgeschichte versandt. 2.280 Männer und 2.070 Frauen aus insgesamt 115 Ländern sind wahlberechtigt.

Die größte Gruppe der Zugewanderten stammen aus Polen mit 852 Personen, gefolgt von Rußland mit 337 und der Ukraine mit 243 Personen.

Neu bei dieser Wahl ist, daß auch alle registrierten Doppelstaatler wählen können. Das betrifft 706 eingebürgerte Personen, die gleichzeitig ihre bisherige Staatsbürgerschaft beibehalten haben. Dazu gehören vorwiegend Spätaussiedler aber auch Deutsche, die im Ausland geboren wurden.

Auch herbe Rückschläge haben Eberswalde in den letzten Jahren getroffen. Diese gilt es für die Zukunft in Zusammenarbeit mit den Stadtverordneten gemeinsam zu verhindern. Dazu ist es auch wichtig, größere Investoren und Existenzgründer zu gewinnen und zu ermutigen, sowie stärker als bisher an der Auslastung und überregionalen Vermarktung der Gewerbeflächen in Eberswalde zu arbeiten und dies durch erfolgsorientiertes Handeln umzusetzen. Weiterhin sind wirtschaftliche Kontakte mit den angrenzenden Landkreisen und polnischen Städten für die Zukunft entscheidend. Infrastrukturprojekte zur Vernetzung der Landkreise mit der Hauptstadtregion, Gestaltung der Stadt-Umland-Wettbewerbe, sowie die Entwicklung des Finowkanals als wirtschaftliches Bindeglied der Regionen zählen dabei zu den Hauptaufgaben.

Hinter einer Wirtschaftskraft stehen Menschen mit Ihren Ideen und Kreativität. Sie für unsere Region zu gewinnen und in die Gestaltungsarbeit mit einzubeziehen, sind dabei wichtige Voraussetzungen. Nicht nur Zahlen sollten hierbei im Vordergrund stehen, sondern daß miteinander einer Gestaltungspartnerschaft für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt, über die Parteigrenzen hinaus.

Hans Dietrich Genscher sagte einmal: »Nichts im Leben ist beständiger als der Wandel. Nur der, der mit dem Wandel geht, wird nicht von ihm überrollt.« Dazu gehört auch, neue innovative Wege in der Ausrichtung einer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik zu gehen und die Chancen daraus zu erkennen. Dazu wollte ich Sie anlässlich der ersten Sitzung des Ausschusses Wirtschaft und Finanzen ermutigen.

DIETMAR ORTEL

Rede des Ausschußvorsitzenden Dietmar Ortel (CDU) anlässlich der 1. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen der Stadt Eberswalde am 11. September 2014.

1-Euro-Jobber, BuFDi und Praktikanten

Beschäftigungsförderung in der Stadt Eberswalde

Eberswalde (bbp). Seit mehreren Jahren agiert die Stadt Eberswalde selbst als Trägerin von öffentlichen Beschäftigungsmaßnahmen. Für die Organisation ist das eigens eingerichtete »Amt für Beschäftigungsförderung und Freiwilligendienste« verantwortlich. Amtsleiter Thomas Holzauer berichtete im September den Stadtverordneten inzwischen zum zehnten Mal über die Tätigkeit seines Amtes.

Demnach waren im ersten Halbjahr 2014 im Rahmen von Beschäftigungsförderungsmaßnahmen acht Beschäftigte sozialversicherungspflichtig bei der Stadt beschäftigt. Hinzu kamen 60 Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (»Ein-Euro-Jobs«). Außerdem werden zwölf anerkannte Einsatzstellen für den Bundesfreiwilligendienst bzw. das »Freiwillige soziale Jahr« mit 67 Plätzen durch das Amt betreut. Für die Betreuung sind neben dem Amtsleiter eine Sozialarbeiterin und eine Haushalts- und Personalsachbearbeiterin als Vollzeitangestellte sowie drei befristet engagierte Praxisanleiter zu je 30 Wochenstunden im Amt beschäftigt.

Von den acht sozialversicherungspflichtig Beschäftigten werden sechs über das Bundesprogramm Bürgerarbeit und zwei über das Landesprogramm Arbeit für Brandenburg (AfB) gefördert. Die auf drei Jahre ausgelegte »Bürgerarbeit« läuft am 31.12.2014 aus. Die beiden AfB-Stellen wurden am 1. April 2014 neu eingerichtet und laufen noch bis März 2016.

Das Urteil des Landesarbeitsgerichtes Berlin zur Tarifbindung von Bürgerarbeit hat für die sechs Ende des Jahres auslaufenden Maßnahmen keine Auswirkungen. Ansprüche wurden bisher nicht geltend gemacht. Zudem sei eine persönliche Tarifbindung, so der Amtsleiter, fraglich. Für die beiden AfB-Stellen werde hingegen im Zuge einer Vertragsverlängerung ab 1. November der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TvöD) angewendet. Holzauer bezweifelt die Möglichkeit, dies auch auf andere Förderprogramme zu übertragen, da dann ein zu hoher Eigenanteil auf die Stadt Eberswalde zukäme. Die billigen Arbeitskräfte wären dann für die Stadt nicht mehr so billig wie bisher.

Von den 60 Ein-Euro-Jobbern arbeiten 10 im Stadtforst, 16 im Familiengarten, 8 für die Unterhaltung der Treidelwege am Finowkanal, 10 im Veranstaltungsservice der Stadt, 14 in den Grünannahmestellen sowie 2 in der Fahrradwerkstatt. Bis auf die Fahrradwerkstatt sollen diese Stellen auch im nächsten Jahr bereitgehalten werden. Allerdings ist die Fort-

führung der Grünannahmestellen noch fraglich. Derzeit werden diesbezüglich Gespräche mit der Kreisverwaltung Barnim geführt.

Im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes (BuFDi) wurde nach Genehmigung der Bildungskonzeption mit Bildungsangeboten begonnen, zu der es eine Kooperation im Kulturring Berlin geben werde. Die meisten Freiwilligendienste kann mit 15 Stellen der Tierpark für sich in Anspruch nehmen. Je 8 weitere Stellen sind für den Stadtforst und die Stiftung Waldwelten beantragt und für den Familiengarten im Einsatz. Jeweils 6 BuFDi arbeiten im Bauhof (Umweltbereich), im Kulturamt, beim Veranstaltungsservice und in den drei städtischen Grundschulen. Bei der Behindertenbeauftragten der Stadt und im Bürgerbildungszentrum in der Puschkinstraße arbeiten jeweils 4 freiwillig Bedienstete. Hinzu kommen 2 BuFDi im Bürgerzentrum des Brandenburgischen Viertels und einer im »Club am Wald«.

Für das Jahr 2015 gab Thomas Holzauer einen Ausblick auf drei neue Vorhaben. So sollen in Kooperation mit der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) in Nachfolge oder Ergänzung der Grünannahmen ab nächstes Jahr Kurzumtriebsplantagen betreut werden. Desweiteren sollen in Kooperation mit Werkstätten für behinderte Menschen Außenarbeitsplätze anerkannt werden. Schließlich sollen, ausschließlich auf freiwilliger Grundlage, Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber eingerichtet werden.

Auch für den Praktikanteneinsatz zeichnet das Amt verantwortlich. Wobei ausschließlich Praktikanten betreut werden, die nicht dem Tarifrecht unterliegen. Als Grundvoraussetzung nennt Holzauer den »Nutzen für die Stadt« und das Vorhandensein ausreichender Betreuungskapazitäten. Die Stadt setzt dabei auf die Kooperation mit anderen Bildungsträgern bei Maßnahmen der Arbeitsverwaltung. In Frage kommen hier insbesondere Praktikanten der Fachoberschulen oder von Umschulungen sowie psychisch Kranke im Rahmen von Eingliederungspraktika.

können Interessierte auch ohne Vorkenntnisse das Nähen erlernen. Von Änderungen und Reparaturen bis zum selbstgestylten Dress ist alles möglich. Auch der alte Fummel wird mit ein paar Tricks wieder salonfähig. Mitzubringen sind die eigene Nähmaschine, Nähkästchen und Stoff.

ANDREA HOEHNE

Infos und Anmeldung unter Tel. 03334/639880

Schnelle Hilfe

Eberswalde (bbp). »Am 2. Oktober stand unangemeldet eine syrische Familie – 8 Personen – zur Unterbringung vor den Türen der Kreisverwaltung Barnim«, berichtet die Sozial- und Umweltdezernentin des Landkreises Barnim Silvia Ulonska. »Daraufhin mußten wir umgehend, so kurz vor dem verlängerten Wochenende waren die Behörden kaum noch besetzt, eine Wohnung für die Großfamilie finden. Nach vielen Anrufen bot uns der Bildungsträger Buckow e.V. vorübergehend eine Wohnung im Brandenburgischen Viertel in der Spreewaldstraße an.« Die Wohnung wurde noch in den Abendstunden eingerichtet, um die Familie vorübergehend unterbringen zu können. »Jetzt müssen wir selbstverständlich einen geeigneten Wohnraum im Landkreis Barnim finden«, so Ulonska weiter.

Diese Unterbringung hat nichts mit der Erstaufnahme im Landkreis Barnim – speziell im Wohnverbund der WBG in der Straße Zum Schwärzensee zu tun, betonte die Dezernentin. Bei den syrischen Flüchtlingen handelt es sich um sogenannte Kontingentflüchtlinge. »Diese können nach dem Aufnahmeverfahren direkt Wohnungen anmieten. In der Regel, sofern wir von der Zuordnung wissen, bringt der Landkreis Barnim aber auch die syrischen Familien in unseren Erstaufnahmeeinrichtungen unter, um sie für das Leben im Landkreis Barnim vorzubereiten.«

Im Brandenburgischen Viertel sind derzeit 40 Asylbewerber im Wohnverbund »Zum Schwärzensee« untergebracht. In den Wohnungen befinden sich vorwiegend Familien mit Kindern. Die Gesamtzahl der Asylbewerber in Wohnungen im Brandenburgischen Viertel – angemietet über die WBG und TAG – hat sich nicht erhöht. »Generell, insbesondere wenn die Asylverfahren deutlich länger als ein halbes Jahr dauern, ist es erforderlich, alle aufgenommenen Asylbewerber in Wohnungen im Landkreis Barnim unterzubringen. Hier sind wir auf die Unterstützung der Bürgermeister und Amtsdirektoren und der Wohnungsgesellschaften angewiesen.«

Bundes- und Feuerwehr

*Wozu brauchen die Menschen ein **Kriegsrecht**, wenn sie gar keinen Krieg wollen?*

*Warum gibt es kein **Friedensrecht**, obwohl die Menschen in Frieden leben wollen?*

Was ist der Unterschied zwischen einer Bundeswehr und einer Feuerwehr?

Die Aufgabe der Bundeswehr ist das Töten der »Feinde«, die der Soldat nicht kennt und die ihm auch nichts getan haben, aber deren Städte und Dörfer er zerstört.

Die Aufgaben der Feuerwehr sind das Retten von Menschen und Tieren in jeder Notsituation und der voller (oft gefährlicher) Einsatz gegen Feuerausbruch.

Welche Wehr erhält mehr Anerkennung, Zuspruch und finanzielle Zuwendungen? Schwere Frage???

380-kV-Freileitung:

Gericht verfügt Baustopp

Chorin (bbp). Im Klageverfahren des NABU Brandenburg gegen den Planfeststellungsbeschluss für die von 50 Hertz beantragte 380-kV-Freileitung Bertikow-Neuenhagen (*»Uckermarkleitung«*) hat das Bundesverwaltungsgericht einen Baustopp verfügt, bis über den Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz entschieden ist. Darüber informierte Ende September Hartmut Lindner von der Bürgerinitiative *»Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat«*. Die Bürgerinitiative gehört ebenso wie die Stadt Eberswalde zu den Unterstützern der Klage. Nach Lindners Einschätzung wird das Bundesverwaltungsgericht voraussichtlich im Frühjahr 2015 in dem Rechtsschutzverfahren entscheiden.

»Durch die einstweilige Verfügung wird 50 Hertz daran gehindert«, so Lindner, »den für die Errichtung der Freileitung erforderlichen Holzeinschlag in diesem Winter durchzuführen. Dadurch verzögert sich der Bau der Leitung um ein Jahr, selbst wenn die Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss keinen Erfolg haben sollte.«

Viel Geld für schlechte Arbeit

Bekanntermaßen sind seit Ende 2007 die Grenzkontrollen zu Polen entfallen. Sogar Videoüberwachung, die andernorts angepriesen wird, ist verboten. Der Politiker Schönbohm (CDU) hat mit seinem realitätsfernen Blick versprochen, daß die Grenzöffnung nicht weniger, sondern mehr Sicherheit bedeute. Gut, was soll man von einem CDU Mann erwarten?

Offiziell sind die Straftaten entlang der brandenburgischen Grenze zu Polen im vergangenen Jahr um 10 Prozent im gestiegen. Die Schäden durch Kriminalität in der Grenzregion erreichten 2,17 Millionen Euro ohne Folgeschäden. Da es sich bei den geklauten Sachen um wichtige gebrauchsfähige Sachen handelte, müssen diese von den Geschädigten neu beschafft werden. Die oben genannte Schadenssumme stellt einen Zeitwert dar. Bei der Neubeschaffung sind dann mindestens 412.300 Euro Mehrwertsteuer fällig. Dieser Betrag kann sicherlich verdoppelt werden, weil bei der Produktion der neu beschafften Güter Steuern fällig werden. Auch wer nicht Opfer einer Straftat geworden ist, wird zur Kasse gebeten. Bei Kaskoversicherungen werden die Prämien erhöht. Damit erhöht sich für den Staat die Einnahme aus der Versicherungssteuer.

Andererseits haben die Parlamentarier gerade im vergangenen Jahr ihre Bezüge kräftig erhöht. Obwohl allerorts gespart werden muß war das zusätzliche Geld offensichtlich dafür in der Staatskasse vorhanden. Die Grenzkriminalität spült zusätzliches Geld in die Staatskasse. Die Parlamentarier sollten ständig daran denken, sie werden durch die organisierte Kriminalität in der Grenzregion mitfinanziert.

JÜRGEN KLAUS MEIßNER

Das Spiel mit dem »Schwarzen Peter«

Die Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom - keine Freileitung durchs Reservat!« organisiert seit 2008 den Protest gegen die ehemals von Vattenfall, seit dem Netzverkauf von 50 Hertz Transmission geplante 380-kV-Freileitung durch das europäische Vogelschutzgebiet Randow-Welse-Bruch, das von der UNESCO anerkannte Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin, die Stadt Eberswalde und den Naturpark Barnim.

Es ist skandalös, daß die Querung von drei Schutzgebieten und einer mittelgroßen Stadt von dem Netzbetreiber überhaupt ins Auge gefaßt werden konnte und nicht bereits im Raumordnungsverfahren gescheitert ist. Als *»bedingt genehmigungsfähig«* stuft die Gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg 2008 die Trassenplanung ein. Im Planfeststellungsverfahren könnte schließlich mit besserem Informationsstand die Planung endgültig beurteilt werden. So gab man den Schwarzen Peter an die Genehmigungsbehörde weiter.

Man kann nicht sagen, daß es sich die Genehmigungsbehörde leicht gemacht hätte. Immerhin dauerte die Prüfung der Planung seit Herbst 2010 an und kam im August 2014 schließlich zu einem unrühmlichen Ende. Das umstrittene Vorhaben von 50 Hertz wurde kurz vor der Landtagswahl genehmigt. Man wollte die künftige Regierung deutlich entlasten.

Man wähte einen ärgerlichen Konfliktstoff vom Tisch. Mag sein, daß die Leute im Bergamt, die die Planung doch noch genehmigten, dies auch in der Gewißheit taten, daß der Planfeststellungsbeschluss, wie von den Freileitungsgegnern oft angekündigt, einer verwaltungsgerichtlichen Prüfung unterzogen werden würde, sie also keine endgültige Entscheidung treffen. Sollen doch die Richter entscheiden.

So wandert der Schwarze Peter eben weiter. Die Richter werden sagen, diese umfangreiche Planung können wir als Juristen nicht beurteilen, wollen wir also mal einen oder zwei Sachverständige hören und den Schwarzen Peter weiterreichen.

Ein böses Spiel, das die Kosten in die Höhe treibt und an den Nerven zehrt.

Nicht über unsere Köpfe!

HARTMUT LINDNER

weitere Informationen: www.trassenfrei.de

Wegweiser-Broschüre auch für 2015 aktuell

Informationen rund um das Thema Abfallentsorgung in der Heftmitte

Eberswalde (prest-bar/bbp). Die Ende des vergangenen Jahres herausgegebene Broschüre *»Wegweiser durch die Region«* ist auch im kommenden Jahr gültig. Darauf weist die Kreisverwaltung Barnim hin. *»Es werden in diesem Jahr keine neuen Broschüren an den Verteilerstellen ausgelegt«,* heißt es aus der Kreispressestelle.

Wichtig ist dies vor allem für alle Bürgerinnen und Bürger sowie Gewerbetreibenden, die es auf die Abfallfibel in der Heftmitte abgesehen haben. Diese werden gebeten, ihre Broschüre weiterhin aufzubewahren, um im Bedarfsfall auch im nächsten Jahr Informationen nachlesen zu können.

Darüber hinaus wurden in der Heftmitte ausreichend Aufkleber zur Verfügung gestellt, um die Abfallentsorgungstermine 2015 im in-

dividuellen Kalender markieren zu können. Die Abfallentsorgungstermine 2015 werden in den diesjährigen November-Ausgaben der kommunalen Amtsblätter abgedruckt (Ausnahme Gemeinde Ahrensfelde; Erscheinungstermin 9.12.2014).

Außerdem erfolgt die Veröffentlichung über www.bdg-barnim.de und per Abfall-App (appel.mymuell.de; android.mymuell.de). Neben der Abfallfibel sind in der Broschüre auf über 60 Seiten allerlei Themen und Informationen aus dem Landkreis Barnim zu finden. Dazu zählen unter anderem ein Behördenwegweiser, Informationen zu Schulen und Gesellschaften des Kreises, aber auch Listen mit Sehenswürdigkeiten, Sport- und Kulturveranstaltungen sowie den schönsten Badeseen in der Region.

Warnung vor wilden Metallsammlern!

Eberswalde (jg). Barnims Umweltdezernentin Silvia Ulonska warnt aus gegebenem Anlaß vor illegalen Metallsammlern, die mit Wurfsendungen auf sich aufmerksam machen und darum bitten, alte und defekte Geräte sowie anderen Schrott vor die Haustür zu stellen. Diese Sammlungen sind nicht angemeldet und damit illegal! Bei angemeldeten gewerblichen Sammlungen sind auf den Werbezetteln Name und Anschrift des Entsorgers erkennbar.

Oft werden die alten Kühlschränke, Waschmaschinen, Fernseher und Radios keine 300 Meter entfernt ausgeschlachtet und im nahen Wald entsorgt. Das Foto zeigt solch einen illegalen Entsorgungsplatz. Die wilden Müllplätze



werden dann, so die Dezernentin, *»bezahlt durch den Barnimer Bürger, durch die Barnimer Dienstleistungsgesellschaft entsorgt«*.



Aufstand in Klandorf

Brief der Bürgerinitiative an die Gemeindevertreter der Gemeinde Schorfheide

Die Gemeinde Schorfheide ist nicht ein wirklich existierender Ort sondern ein abstraktes Verwaltungsgebilde. Die dazu gehörigen konkreten Dörfer Altenhof, Böhmischeheide, Eichhorst, Finowfurt, Groß Schönebeck, Klandorf, Lichterfelde und Schluff liegen bis zu mehr als 30 Kilometer voneinander entfernt.

Einige von Ihnen werden das kleine Klandorf vielleicht vom Namen her kennen und kaum etwas über sein Ortsbild und die Dorfgemeinschaft wissen, geschweige denn, was aktuell hier los ist. Es kann Ihnen auch niemand verdenken, wenn es Ihnen herzlich egal ist, ob irgendwo eine Straße gebaut wird oder nicht. Sie interessiert in erster Linie ihr eigenes Dorf. Geht uns übrigens genauso. Diese unglückliche künstlich kreierte administrative Konstruktion schränkt den Demokratiedanken gemeindlicher Selbstbestimmung drastisch ein. Dafür erleichtert sie das Herrschen ungemein.

Trotz dieser verständlichen relativen Unkenntnis der Verhältnisse hier sind Sie gleichwohl die gewählten Vertreter, die allein über den von der Gemeindeverwaltung für 2017 geplanten Straßenneubau in Klandorf entscheiden sollen. Dafür oder dagegen. Entscheidungen, die ohne ausreichende Kenntnis getroffen werden, können sehr unvernünftig sein und in der Folge verheerende Wirkung haben. Ach was, denken Sie jetzt vielleicht, wir haben doch den Bürgermeister und die Gemeindeverwaltung, deren Kompetenz vertrauen wir einfach voll und ganz, und wenn sie uns die Beschlußvorlage vorformuliert haben, brauchen wir doch nur unsere Hand mit Kärtchen zustimmend zu heben und zu beschließen. Die werden es schon richten.

Nein! So funktioniert Demokratie nicht!

In Klandorf geht es um die Identität des Ortes, um historisch-kulturelles Erbe, um die Heimat seiner alten und neuen Bewohner. Und um die Zerstörung dieser Werte durch ein unsinniges, nicht notwendiges, kontraproduktives Neubauvorhaben. Darüber hinaus um die unbekümmerte Verschwendung von Steuergeldern und privater Vermögenswerte der Grundstückseigentümer. All dieses verantworten Politiker, deren Ämter nur auf Zeit entliehen sind und die wir Bürger-Steuerzahler für den Job gar nicht mal schlecht bezahlen. Wie verträgt sich diese mutwillige Zerstörung von Natur und geschichtlichen Zeugnissen mit dem Gebot der Nachhaltigkeit und dem Image »Naturreich Schorfheide«, dem Slogan, mit dem die Gemeinde Touristen und Zuzügler lockt?

Die Bürger brauchen und wollen keine neue Straße. Wir Klandorfer wollen unser Naturreich – unsere im Ensemble mit der Allee ortsbildprägende historische Dorfstraße mit leicht bekleidetem Pflaster – einfach behalten. Das

haben die Einwohner in mehreren Versammlungen und als Ergebnis einer empirischen Untersuchung mit einer überwältigenden Mehrheit klar gemacht, zuletzt während der Einwohnerversammlung am 16. September in Anwesenheit des Bürgermeisters und der Bauamtsleiterin von Schorfheide (vgl. dazu MOZ vom 19.09.14 »Altes Pflaster Herzenssache«).

Sie haben den Bürgern durch Ihre Kandidatur als Gemeindevertreter oder Ortsbeiräte vor der Wahl versprochen, daß Sie sich für die Dauer Ihres Mandats für die Bürger einsetzen wollen und nicht gegen die Bürger. Bürgermeister und Verwaltung halten (bisher) ohne erkennbaren Eindruck an ihrem Vorhaben fest, gegen den Bürgerwillen und trotz der Tatsache, daß historische Pflasterstraßen durch Verordnung des Biosphärenreservats unter Schutz stehen. Auf der Grundlage der Straßenbaubeitragssatzung will die Verwaltung den unsinnigen Neubau (noch) weiterhin durchsetzen.

Wir wollen den Dialog mit der Gemeinde Schorfheide – Bürgerbeteiligung ist ein Prozeß. (Es folgt eine Einladung zum »kleinen Klandorfer Kongreß«, der am 10. Oktober stattfand.)

Sie erhalten wertvolle Informationen auch für Ihr Dorf zum Thema gerechter Straßenbau. Umgekehrt interessieren uns Bürger von Klandorf Ihre Erfahrungen und ggf. künftig anstehende Straßenbauvorhaben in Ihren Dörfern.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß in der Gemeinde Schorfheide nach dem Muster Bernau ein Bürgerbegehren initiiert wird, um die Bürger aller sogenannten »Ortsteile« nachhaltig gegen unkontrollierte Bauwut und den ungehemmten Übergriff in die Taschen der Bürger zu schützen. Auch das könnte Sie interessieren in Ihrem eigenen und im Interesse der Bürger in Ihrem Dorf!

Denn in vielen Orten und Städten Brandenburgs und in Deutschland kämpfen Bürger gegen ungewollten Straßenbau und ungerechte Satzungen. Etliche Kommunen haben die Straßenbaubeitragssatzung bei sich ganz abgeschafft. Vielerorts haben es Bürger erreicht, daß sie selbst entscheiden können, sei es durch freiwillige Selbstverpflichtung der Gemeinde oder durch Änderung der Satzung.

Solch fortschrittliche Politik für den Bürger können auch Sie in der Gemeinde Schorfheide mitgestalten! Straßenbaubeitragssatzungen sind ein undemokratisches Auslaufmodell.

Initiative für den Erhalt der historischen Dorfstraße Klandorf

Historische Pflasterstraße: Neubau ist billiger?

Am 9. September tagte der Bauausschuß der Gemeinde Schorfheide, der sich aus gewählten Vertretern der »Ortsteile« = Fernab-Dörfer Altenhof, Lichterfelde, Eichhorst, Finowfurt, Gr. Schönebeck und Klandorf zusammensetzt. Die Verwaltung war durch Ihre Bauamtsleiterin Frau Brandt vertreten. Während der »Bürgerfragestunde« nahmen Klaus Wyrembek und ich als Klandorfer die Gelegenheit wahr, u.a. über die Abstimmung der Klandorfer für den Erhalt der historischen Dorfstraße und die Forderung auf sofortigen Planungsstopp zu informieren (Anmerkung: 90 Prozent der Anlieger Dorfstraße sind mit diesem Votum bereits verifiziert und dokumentiert) sowie die Position der Gemeindeverwaltung und des Bauausschusses dazu abzufragen.

Darüber hinaus haben wir die Verwaltung auf ihre Verpflichtung zur Instandsetzung und -haltung der Klandorfer Straßen (insbesondere der Bergstraße) sowie auf den Schutzstatus der Pflasterstraßen (gemäß Biosphärenreservatsverordnung) hingewiesen und gefragt, warum die Gemeinde ihren Obliegenheiten nicht nachkommt und damit die Zerstörung der Pflasterstraßen (vorsätzlich) befördert (Durchfeuchtung der Ränder bedeutet den Tod).

Hier die Ergebnisse:

Eine Beteiligung der Bürger an Planung und Entscheidung über das Vorhaben Neubau Dorfstraße findet weder aus Sicht des Bauausschusses noch aus Sicht der Verwaltung statt. Der Bauausschuß meint, er und die Gemeindevertreter (die Damen und Herren Bürgervertreter!) entscheiden allein – ggf. auch gegen die Bürger – über die Zukunft der Dorfstraße, »wenn es soweit ist«.

Die Leiterin des Bauamtes meint, eine Straße sei nach 20 Jahren so marode, daß nur ein »grundhafter Ausbau« = Neubau (»billiger«) und keine Instandsetzung (»teurer«) mehr hilft.

Für Instandsetzung bzw. -haltung der Straßen (in der Gemeinde) sei kein oder zu wenig Geld da. Für Neubau ist Geld da (das der Grundstückseigentümer). Es sei vorgesehen, 2015 die Planungen zur Dorfstraße als »Haupterschließungsstraße« fortzuführen und die Baumaßnahme (bereits) 2016 durchzuführen.

Wir haben den Vorsitzenden des Bauausschusses dazu aufgefordert, die Fragen und Antworten einschließlich der Debatte zu den Themen genau zu protokollieren, was zugesagt wurde.

Schlußfolgerung:

Angesichts dieser desaströsen Haltung der sogenannten »Bürgervertreter« und der Gemeindeverwaltung kann nur noch Druck auf die politische Führung (Bürgermeister und darüber hinaus) von allen Seiten dazu beitragen, daß Vernunft einkehrt und dieses absurde Theater endlich aufhört.

LUTZ PAPROTH, Initiative »Erhalt der historischen Klandorfer Dorfstraße«

Brandenburger sind sparsam!

Brandenburg ist ein karger Landstrich: Wenn man sich die Kiefernwälder wegdenkt und die Moosteppe, bliebe nur eine einzige Sandwüste übrig.

Entsprechend haben sich die märkischen Bewohner ihrer Umwelt angepaßt und können unter widrigsten Bedingungen überleben. Weil sie so sparsam sind!

Das wenige Hartz-4-Geld, das ihnen zur Verfügung steht, investieren sie, auf Gewinn hoffend, in die Tabak- und Lotto-Industrie, während ihre Kinder frühzeitige Diätenerfahrungen machen, wenn sie die Schulbank drücken. Fette Kinder sieht man in Brandenburg nirgendwo!

Überhaupt sind Brandenburger extrem kaloriensparend: Die Brandenburgerin überlegt es sich sehr genau, ob sich die 200 Meter zum Wahllokal lohnen, um sich mit nichtssagenden Stimmtzettel herumzuschlagen, oder ob nicht die Tasse Kaffee am Küchentisch verlockender ist. Wenn man die Märker dafür bezahlte, wählen zu gehen, ja, erst dann wären Wahlbeteiligungszahlen von vor 30 Jahren zu erwarten. Auch mit einem Regierungswechsel haben es die Brandenburger nicht so. Das wäre viel zu aufregend. Das kostet Kraft und Energie. Beides ist nicht vorhanden, also bleibt man bei der SPD, auch wenn jetzt ein grinsender Lulatsch die Geschäfte führt.

Brandenburg ist auch sparsam mit seinen Ordnungshütern. Man will auf keinen Fall an die unselige Präsenz der Polizei zu Ostzeiten erinnern. Deshalb ist es ein Glücksfall, den man sich rot im Kalender ankreuzen kann, wenn man mal ein Polizei-Auto draußen fahren sieht. Da die Brandenburger aber auch auf ihr Hab und Gut achten, organisieren sich nun in grenznahen Regionen Bürgerwehren. Die kosten den Staat keinen Cent!

Brandenburger haben's schwer. Im Speckgürtel können sie zwar vom Schwergewicht Berlin profitieren, aber weiter draußen, wo sich Fuchs und Hase gute Nacht sagen, werden die Städte »entkernt«, um sich von der ungeliebten DDR-Platte zu trennen, die mehr und mehr leer steht. Die jungen Erwachsenen, die dort ihre erste Wohnung haben könnten, zieht es lieber nach Bayern oder in den Schwarzwald, weil sie dort anständig bezahlt werden und eine Zukunft ohne Hartz 4 haben.

Brandenburger schlagen sich durch. Sie sind hart im Nehmen. Die geringen Mietsteigerungen können ihnen nichts anhaben, denn sie haben praktisch keine Nebenkosten: Geduscht wird einmal im Monat, geheizt wird sowieso nicht, und das, was am Ende rauskommt, schwimmt den ganzen Tag im Klo. Kein Wunder – bei den Wasserpreisen!

JÜRGEN GRAMZOW

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

»Give Peace A Chance« statt »Sound des Kriegs«

»Der Sound des Kriegs« wird derzeit allenthalben zelebriert. Die Bezeichnung Putins als »Krawallbruder«, wie in dem gleichnamigen Feuilleton-Artikel von Harald Staun in der »Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung« vom 7. September verwendet, muß schon als liebenswürdig gelten.

Bei aller Liebenswürdigkeit schwimmt aber auch Harald Staun im Mainstream der Geschichtsverfälscher. Das Buch des australischen Historikers Christopher Clark zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs (vgl. BBP 7/2014) nennt er »maßgeblich«. Clarks »Schlafwandler«-These, wonach die europäischen Mächte in den Ersten Weltkrieg »hineinschlitterten«, wie es in den 1920er Jahren der britische Premier Lloyd George formuliert hatte, und »der Kriegsausbruch eine Tragödie, kein Verbrechen« gewesen sei, zelebriert eine Position, die spätestens seit Fritz Fischers Buch »Griff nach der Weltmacht« (Anfang der 60er Jahre – da war Clark gerade geboren) selbst in der BRD-Geschichtswissenschaft als überwunden galt. Fischer und seine Schüler (u.a. Bernd F. Schulte) haben nachgewiesen, daß die Führungselite des deutschen Kaiserreichs bereits im Dezember 1912 den Grundsatzbeschuß in Richtung Krieg gefaßt hatten (BBP 11/2012 u. 9/2013).

Die »Schlafwandler«-These paßt ideologisch zur »Alternativlosigkeit« der heutigen politischen Eliten. Als würden diese Eliten, wie vor 100 Jahren, nicht knallharte Interessen der hinter ihnen stehenden Wirtschaftsmächtigen vertreten. Nicht ohne Grund war in der marxistischen Geschichtswissenschaft beim Ersten Weltkrieg vom »allseitig imperialistischen Raubkrieg« die Rede. Und nicht ohne Grund war dem deutschen Imperialismus infolge historischer Besonderheiten als zu spät gekommener Räuber mit dem feudal-preußischen Militarismus im Schlepptau eine besondere Aggressivität zugesprochen worden. Fischer, Schulte und andere fanden in den Archiven die zugehörigen Fakten – mit denen sich Clark gar nicht erst abmüht.

»Natürlich in Eberswalde geboren«

In einem Forum zum Thema Geburtshilfe im Paul-Wunderlich-Haus berichten am 17. Oktober ab 15 Uhr Mütter und Väter im Kreishaus am Markt über ihre persönlichen Erfahrungen bei der Geburt ihrer Kinder – ob zu Hause, im Geburtshaus oder im Krankenhaus.

Verschiedene regionale Akteure der Geburtshilfe stellen ihre Arbeit vor und stehen im Anschluß für persönliche Gespräche zur Verfügung. Mit dabei sind: CORDULA EXNER (Hebamme), MARINA SCHMEISSER (Geburtshaus Eberswalde), Dr. THOMAS MICHEL (Chefarzt Geburtshilfe im Forßmann-Krankenhaus Eberswalde), ANNE HACKENBERGER (Achtsamkeits-Lehrerin) und CORINNA CROTTY (Trageberaterin aus Eberswalde).

Clarks »Schlafwandler«-Buch ist wohl auch weniger als Beitrag zur Geschichtswissenschaft gedacht. Vielmehr ist es ideologische Begleitung im aktuellen »Krieg gegen das Böse«. Auch heute – so soll glauben gemacht werden – seien es nicht knallharte wirtschaftliche Interessen, sondern nur die Schlafwandlerei heutiger Politiker, die zum Krieg führen. Stillschweigend schwingt die Kritik an der Appeasementpolitik der Westmächte vor dem Zweiten Weltkrieg mit, auf die es heute nur eine Antwort geben könne: Krieg statt Besänftigung!

An der Verortung, wo das »Böse« zu finden sei, hat sich seit Ronald Reagan nicht viel geändert. Die eingetübte Russophobie, wichtiger Bestandteil schon des damaligen Antikommunismus, wird nun wieder von der Leine gelassen. Es soll vergessen gemacht werden, daß ein Dritter Weltkrieg – egal ob man in ihn bewußt herbeiführt oder in ihn »hineinschlafwandelt« – zwangsläufig ein Atomkrieg sein wird, bei dem es keinen Sieger geben kann.

Der Artikel von Harald Staun kann in diesem Umfeld durchaus als widerständig wahrgenommen werden. So fordert er am Ende, »...statt immer die alten Märsche ... zur Abwechslung auch einmal jene Hits, die einmal die Sehnsucht nach einer besseren Zukunft ausdrückten, die Songs von Freiheit, Kooperation und Toleranz«, aufzulegen.

Dies sei dann bis Moskau zu hören, schreibt Staun. Vor allem wohl als Alibi, um seinen Beitrag in der Leitzeitung des deutschen Kapitals unterzubringen. Denn die Botschaft gilt zuvörderst den Kriegshetzern – die keineswegs »Schlafwandler« sind – im eigenen Land mit dem Bundespfarrer Gauck in vorderster Linie.

GERD MARKMANN

In Eberswalde arbeiten die Geburtshilfe-Einrichtungen gut zusammen und beraten werdende Eltern offen, individuell und ohne Konkurrenzdenken. Ihr Ziel ist es, daß die Geburt von Mutter, Vater und Kind so natürlich wie möglich erlebt werden kann.

Ziel unserer Politik ist es, solche guten Modelle zu fördern und bekannter zu machen. Denn noch immer erfolgen nur zwei Prozent der Geburten in Deutschland vollkommen ohne medizinischen Eingriff. Nach dem Filmabend vor zwei Jahren (Film: »Das Geschäft mit der Geburt«) möchte ich an die fruchtbare Diskussion anknüpfen und freue mich, wenn es auch diesmal wieder eine rege Beteiligung gibt.

AXEL VOGEL, MdL B90/Grüne

Das Thema bleibt aktuell: Wasser

Das Land Brandenburg ist reich an schönen klaren Seen und Teichen, also wasserreich. Brandenburg ist gleichzeitig arm an lebendigen, üppig sprudelnden Bächen und Fließenden und Gräben - Abwasserfachleute bezeichnen sie als Vorfluter - und arm an gutem Grundwasser, Armut zunehmend. Deshalb ist Brandenburg zugleich wasserarm.

Brandenburg ist die niederschlagsärmste Region Deutschlands. In manchen Jahren fallen nicht einmal 450 mm Niederschlag je Quadratmeter (im Rheinland sind es mehr als 700!) Brandenburg ist zudem dünn besiedelt, also auch arm an Bevölkerung, und hier werden wir noch ärmer werden.

In diesem Land haben die Regierenden uns Bürgern vor mehr als 20 Jahren erzählt, daß man sogenanntes Abwasser, also verschmutztes Wasser, das man selbst nicht mehr braucht oder verwenden will, in langen Rohren sammeln, in großen Klärwerken wieder reinigen und dann in die Flüsse und schließlich ins Meer ableiten muß. Das wäre der Inbegriff einer fortschrittlichen, modernen Entwässerung und Abwasserbeseitigung.

Fachleute, die damals schon gesagt haben, gerade auch im Land Brandenburg, daß es darauf ankommt, nicht zu entwässern sondern das Wasser in der Landschaft zu halten und vorzugsweise im Kreislauf zu führen und immer wieder zu verwerten, wurden ignoriert und mundtot gemacht. Heute geben sich alle schlauer und beklagen die »Fehler« der Vergangenheit. Die Regierenden sind jedoch immer noch nicht bereit einzugestehen, daß eine Kehrtwende von der zentralen Entwässerung zur dezentralen Aufbereitung und Kreislauf-führung des Wassers längst überfällig ist. Sie haben nämlich ein Problem.

Die langen Kanalisationsrohre und die über-großen Klärwerke haben Geld gekostet, sehr viel Geld und sind teilweise immer noch nicht bezahlt. Zins- und Tilgungsraten drücken. Deshalb erfinden sie immer neue Abgaben, denn die Fehlentscheidungen in der Vergangenheit müssen ja bezahlt werden, natürlich von uns, den Bürgern, von wem sonst? Die Abgaben haben viele Namen: Erschließungsbeiträge, Anschlussbeiträge, Erneuerungsbeiträge, Modernisierungumlage, Verbrauchsgebühren – ständig steigend und deutschlandweit auf höchstem Niveau – und natürlich (sehr beliebt, weil leistungsunabhängig) Grundgebühren.

Das alles reicht immer noch nicht, denn das Kanalnetz wird ja immer noch ständig vergrößert – vorzugsweise »auf Pump« versteht sich – und Vorsteher, Geschäftsführer, Büros, Sekretariate und Dienstwagen von 150 Zweckverbänden (vielleicht sind es inzwischen ein paar weniger!?) wollen ja bezahlt werden, und sie werden gut bezahlt!

Deshalb hat die Landesregierung, die für die ganze Misere selbst verantwortlich ist, nun eine neue Abgabe erfunden. Sie heißt Altanschießerbeiträge. Auch wer schon vor 30 und mehr Jahren einen Kanalanschluß hatte und eine Verbindung zum Klärwerk, die gab es nämlich auch schon zu DDR-Zeiten (!), der soll für die neuen, größeren Klärwerke, die ja für die Neuanschießer gebraucht wurden, aber oft viel zu groß ausgefallen sind, jetzt nachträglich mitbezahlen. Das wäre solidarisch, so sagt man es uns.



Die Wiedervernässung trockene gefallener Moore gehört im Land Brandenburg zu den zum Teil sehr erfolgreichen Methoden, die Wasserarmut zu bekämpfen.

Nun sind wir aber nicht mehr von gestern. Inzwischen wissen wir, daß man nur zur Kasse gebeten werden kann, wenn man von dem, was da gebaut wurde, auch einen Vorteil hat. Und wir wissen, daß es bei Maßnahmen, für die Beiträge kassiert werden sollen, eine Verjährungsfrist gibt. Die beträgt vier Jahre und beginnt zu laufen, sobald die Maßnahme abgeschlossen und in Betrieb genommen wurde. Wenn es innerhalb dieser vier Jahre keine Beitragsatzung gibt, dann ist die Sache verjährt, so steht es in der (Bundes-)Abgabenordnung. Das hat der Brandenburgischen Landesregierung aber nicht gefallen. Sie hat sich vom Landtag eine Gesetzesänderung im Kommunalabgabengesetz genehmigen lassen, wonach die Verjährung erst mit Verabschiedung einer rechtswirksamen Satzung zu laufen beginnt. Zusätzlich hat man eine 10-jährige sogenannte »Hemmung« erfunden – weil ja die Verwaltungsstrukturen in den neunziger Jahren so chaotisch*) waren! – so daß wir jetzt rechnerisch auf eine 25-jährige Verjährungsfrist kommen. Das ist Spitze! Oder etwa nicht? »Recht« ist es jedenfalls nicht. Das pfeifen inzwischen die Spatzen von den Dächern und es gibt sogar Juristen (hört, hört!), es werden immer mehr, die den Mut haben, das Unrecht und diejenigen, die Unrecht getan haben und immer noch tun, beim Namen zu nennen! Trotzdem ist die Landesregierung nicht bereit, ihr Gesetz auf einen gerichtlichen Prüfstand zu stellen. Sie handelt nach einem Gesetz, das mit großer Wahrscheinlichkeit gesetzwidrig ist!

Seit Juli 2013 stehen die Bernauer – und nicht nur Bernauer – an (fast) jedem Dienstag auf dem Marktplatz und sagen der Landesregierung, daß sie rechtswidrig handelt. Sie fordern, daß Wasser gerecht, nach Verbrauch, also ausschließlich mit Gebühren bezahlt werden soll. Bei Strom und Gas geht das doch auch! Warum nicht bei Wasser? Am 9. September war 50. Jubiläum auf dem Marktplatz in Bernau. Wann endlich finden die Demonstranten bei der Landesregierung Gehör?

In der Podiumsdiskussion am 30. August 2014 in Bernau im Lindenhof herrschte Einigkeit zwischen allen Parteien, SPD ausgenommen, zu einer gerechten Gebührenfinanzierung. Der Vertreter der seit 25 Jahren regierenden SPD sah das anders und meinte, daß die Landesregierung alles ziemlich gut gemacht hat und findet Altanschießerbeiträge gerecht, weil Investitionen ja bezahlt werden müssen. Da konnte man sich nur wünschen, daß diese Partei, diese Regierung endlich abgewählt wird. Dieser Wunsch ist jedoch – nicht zuletzt wegen der katastrophal geringen Wahlbeteiligung von weniger als 50 % – nicht in Erfüllung gegangen. Die Position der Landesregierung, insbesondere der SPD, zu den Altanschießerbeiträgen und in der Wasserpolitik allgemein hat offenbar keinen großen Einfluß auf das Wählerverhalten gehabt. Herr Dr. Woitke kann also weiter regieren und deshalb, falls er es wieder mit den LINKEN tut, wird sich vorerst nichts ändern, jedenfalls nichts zum Guten. Allerdings ist zu erwarten, daß dem Herrn Ministerpräsidenten aus Richtung BVB/Freie Wähler und AfD, die ja zusammen immerhin 10 % aller Mandate halten, ein kräftiger Wind ins Gesicht weht.

Es wird in Zukunft schwieriger sein, im Landtag Gesetze zu verabschieden, die mit Vernunft, gesundem Menschenverstand und höherrangigem Recht unvereinbar sind. Wir dürfen gespannt sein, ob der neue Landtag bereit ist, Gesetze zu machen, von denen man sagen kann, daß sie setzen. Das wünsch' ich mir!

JOHANNES MADEJA

* – Der vormalige Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Dr. Manfred Stolpe, ist übrigens für den Aufbau dieser Verwaltung am 18. November 2013 in Oranienburg mit dem Stein-Hardenberg-Preis für das Jahr 2013 ausgezeichnet worden. Die Laudatio hielt Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke.

Hinsichtlich des Beginns von Verjährungslaufzeiten hat sich die Landesregierung mit dem novellierten KAG vom Landtag eine zehnjährige sog. »Hemmung« absegnen lassen. Begründung: nicht ausreichend gut funktionierende Verwaltung in den ersten zehn Jahren nach der sog. Wende. Das war die Zeit der »Regentschaft« des Herrn Dr. Stolpe. Wer lacht jetzt? Ich kann darüber nicht lachen, tut mir leid!

Gestärkt ging ich ebenfalls aus der vertrauensvollen Atmosphäre zwischen uns beiden hervor, die durch gegenseitige Achtung und Respekt gekennzeichnet war. Es gab zwischen uns keine Tabu-Themen, über die wir nicht miteinander sprechen konnten, egal ob es sich hierbei um Themen über Gott und die Welt, die verschiedenen Weltreligionen, Natur und Umwelt, Staat und Gesellschaft oder die Landnutzung der Zukunft handelte. Selbst über sehr persönliche und intime Bereiche wie Familie, Ehe und Sexualität haben wir uns trotz des hohen Altersunterschieds völlig unverkrampft verständigen können. Für die achtsame, wohlwollende und väterliche Umgangsweise mir gegenüber bin ich Kurt zu tiefem Dank verpflichtet!

Und Kurt gewährte mir ebenfalls die nötigen Freiräume und war stets an meiner Meinung interessiert, obwohl er in vielen Fällen natürlich mehr zu sagen hatte als ich damals mit meinen jungen Jahren. Außerdem stand er guten Anregungen und Vorschlägen immer aufgeschlossen gegenüber. So ergaben sich auf meine Initiative zwei Vortragsveranstaltungen an der Hochschule in Eberswalde, bei der Kurt als Hauptredner eingeladen wurde. Zum einen berichtete er über seine langjährige Naturschutzarbeit und die Entwicklung der ostdeutschen Naturschutzgeschichte.

Zum anderen vermittelte er innerhalb einer selbstorganisierten Veranstaltungsreihe seine pazifistische Überzeugung unter dem Vortragstitel *»Jeder Krieg ist ein Verbrechen«* und erzählte hierbei von seinen Kriegserlebnissen während des Zweiten Weltkriegs, den er trotz des Schreckens und Grauens und angesichts vieler lebensbedrohlicher Situationen wie durch ein Wunder überlebte. Beide Veranstaltungen stießen auf großes Interesse bei der Studentenschaft sowie bei einigen Dozenten, Professoren und Mitarbeitern der Hochschule.

Durch die Bekanntschaft mit Kurt habe ich selbst auch ein kleines Wunder erleben können, auch wenn es gewiß nichts mit der Dramatik eines Kriegereignisses zu tun hat und eher Anlaß zum Schmunzeln gibt: Seit eh und je bauten meine Eltern Obst und Gemüse im Garten zur Selbstversorgung an, waren jedoch ökologisch betrachtet nicht immer ganz konsequent. Zahlreiche Vorstöße meinerseits blieben leider erfolglos, sie zum Mulchen zu bewegen, obwohl ich hierzu viel Kraft, Geduld und zahlreiche gute Argumente verwendete. Sie wollten oder konnten es sich einfach nicht vorstellen, wie wunderbar ihr Garten im gemulchten Zustand aussehen könnte und daß eine Mulchbewirtschaftung zu zahlreichen Vorteilen für das Pflanzenwachstum, die Bodenorganismen und den Humusgehalt des Bodens führt. Durch einen gemeinsamen Besuch meiner Eltern im Freienwalder Total-Mulchgarten von Kurt wurde jedoch alles ganz anders. Stolz präsentierte Kurt seinen Garten, in denen sich die kultivierten Nutzpflanzen aufgrund der stetig zunehmenden Bodenfrucht-

Erinnerungen an Kurt Kretschmann (Teil 4)

Die gute Saat der Kretschmanns

von Daniel Fischer

Zweifellos am wichtigsten waren jedoch die vielen interessanten Lebensweisheiten von Kurt und das Gefühl einer inneren Verbundenheit zwischen uns, denn sie schenkten mir Mut und Zuversicht und dienten mir als Richtschnur für meinen weiteren Lebensweg. Sprüche wie »Es gibt nichts Gutes, außer man tut es« oder »Nicht verzagen und hart im Ertragen« ebenso wie das Motto »Leben und Arbeiten im Einklang mit und für die Natur« wurden auch zu meiner Lebensmaxime. Sie richteten mich in Zeiten auf, wo zuvor Zweifel vorherrschten oder Enttäuschungen eintraten.

barkeit und des reichhaltigen Bodenlebens prächtig und harmonisch entwickeln konnten. Das Erlebnis muß bei meinen Eltern wohl einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen haben, denn als ich das nächste Mal kurz vor Weihnachten wieder zu Besuch bei ihnen war, konnte ich bei der Ankunft meinen Augen kaum glauben: Der gesamte Garten war mit einer dicken Mulchschicht aus Laub auf vorbildlichste Art und Weise bedeckt. Seit diesem Zeitpunkt sind meine Eltern zu konsequenten Mulchgärtnern geworden!

Neben diesen kleinen und großen Erlebnis- sen war ich stets von Kurts unermüdlicher, geistig-schöpferischen Willens- und Schaffens- kraft tief beeindruckt. Trotz seines hohen Lebensalters und einiger gesundheitlicher Einschränkungen, die ihn hart trafen, hörte man ihn nie klagen. Tapfer arrangierte er sich mit seiner Lebenslage und die ihm noch zur Verfügung stehenden Kräfte und Fähigkeiten. Trotz gelegentlicher Niederlagen und Rückschläge gab er niemals auf und setzte seinen geradlinigen Weg bis zu seinem Lebensende unvermindert fort. Mit großer Aufmerksamkeit und klarem Bewußtsein nahm er bis zur letzten Stunde aktiv am Leben teil, um die Geschehnisse seines Lebens aufzuarbeiten, Beiträge zu verfassen, vor Fernsehkameras aufzutreten, Besucher zu empfangen, junge und alte Menschen durch seinen Garten zu führen und um auf zahlreichen Veranstaltungen zu sprechen.

Mit tiefer Bestürzung verfolgte Kurt auch die damaligen Kriegsereignisse im Irak. Dieses Geschehen ließ ihn, den überzeugten Pazifisten, Manifeste und Gedichte verfassen, um seine politische Stimme gegen Lügen, Propaganda und Kriegstreiberei zu erheben. Obwohl sein Leben selbst durch viel Leid gezeichnet war, gab er vielen Menschen Zuspruch und freute sich über Erfolge und Fortschritte im Naturschutz. Aber auch die ganz kleinen Dinge des Lebens, wie ein blühender Krokus nach der oftmals so langen und kalten Winterzeit, konnten das Herz dieses so bescheidenen und in ungewöhnlicher Einfachheit lebenden Mannes mit größter Freude erfüllen.

Was ließ ihn dermaßen erstrahlen? Und von wo nahm er diese Kraft und Zuversicht, wo heutzutage doch so viele Menschen im fortgeschrittenen Lebensalter verbittern? Er selbst sagte häufig *»Ich muß weiter machen im Sinne meines Ernehmens, sie begleitet mein Leben weiter.«* Obwohl ich Erna Kretschmann leider nie per-

sönlich kennenlernen konnte, war mir bewußt, daß die beiden Kretschmanns selbst über den Tod hinaus eine unzertrennliche Einheit bildeten. Dies äußerte sich u.a. auch darin, daß Erna Strickjacke liebevoll über die Stuhllehne im Wohnzimmer hing. In einem Leben der gemeinsamen Erfüllung, Verantwortung und totalen Selbstverwirklichung war Erna für Kurt das Licht, der Sonnenschein und das Herz. Ihre Ehe war eine wunderbare Gemeinschaft aus gleichen Lebensidealen, gleichen Arbeitsaufgaben, abgeleitet aus langer gemeinsamer Lebenserfahrung.

Ihr ganzes Leben lang haben sie dem Wohle von Mensch und Natur gedient. Von den einen bestaunt, von den anderen belächelt, gingen sie gemeinsam ihren geraden Weg durchs Leben, den üblichen gesellschaftlichen Normen nicht folgend und nur dem eigenen Gewissen und den inneren Überzeugungen verpflichtet. Das Streben nach materiellem Wohlstand war den beiden unbekannt. Trotzdem sammelten sie durch die vielen Freundschaften in ihrem harmonischen und sinnerfüllten Zusammenwirken über all die vielen Jahre unvergängliche Reichtümer an, die nicht von Moten zerfressen werden oder der Inflation unterliegen. Ihr gemeinsames Lebenswerk ist nicht auf Sand gebaut, sondern strahlt weit über ihre Lebzeiten hinaus ein helles Licht auf ihr Umfeld aus zugunsten eines Lebens im Einklang mit der Natur und einer Welt ohne Krieg, Unrecht und Ausbeutung.

Immer wieder verdeutlichten hierbei Kurt und Erna, daß Naturschutz und Pazifismus, Lebensfreude und Selbstgenügsamkeit, soziales und gesellschaftliches Engagement sowie eine glaubwürdige, aufrichtige Lebensweise unzertrennlich zusammengehören. Daher kann das Wirken dieser beiden außergewöhnlichen Menschen nur in ihrer Ganzheit begriffen und verstanden werden. Es resultiert aus einer tiefen Verbindung von Naturliebe, Naturverantwortung und Menschlichkeit.

Mit Ehrfurcht und in tiefer Dankbarkeit verneige ich mich auch heute noch vor dem einzigartigen, gemeinsamen Lebenswerk von Erna und Kurt. Die gute Saat der beiden Naturschützer, Naturgärtner, überzeugten Vegetarier, bekennenden Pazifisten sowie wahren Menschenfreunde ist aufgegangen. Sorgen wir dafür, daß die von ihnen verstreuten Samen in uns weiterwachsen und wiederum neue Früchte hervorbringen, die die gute Saat vermehren!

Linux am Mittwoch

Neugierige und Umsteiger sind in der Eberswalder Linux-Community willkommen

In der gemütlichen Atmosphäre im StudiClub der HNE Eberswalde werden nicht nur erfolgreich Rechner auf Linux umgestellt, sondern auch Erfahrungen untereinander ausgetauscht und neue Ideen für weitere Projekte geboren. Die Gruppe ist auf zehn Personen angewachsen und hat beschlossen, sich regelmäßig einmal im Monat zu treffen. Ganz im Sinne der Vernetzung und des gemeinsamen Austausches werden die Treffen Linux-Node heißen.

Warum Linux? Der große Vorteil von Linux gegenüber den anderen Computer-Betriebssystemen ist, daß der Quelltext frei verfügbar ist. Das bedeutet, Entwicklerinnen und Entwickler überall auf der Welt können Programmcode schreiben und das Betriebssystem weiter entwickeln. Durch die Schwarmintelligenz fallen Fehler und Schwachstellen zeitiger auf und eingebauten »Backdoors« als Eingang zu Lauschangriffen von Softwareherstellern oder den Geheimdiensten kann es damit nicht geben. Weiterhin ist Linux kostenlos und man spart nicht nur im Vergleich zu den oft mehrere hundert Euro teuren Betriebssystemen kommerzieller Anbieter, sondern kann auch auf eine Reihe kostenfreier »open-source« Software zurückgreifen.

»Frei« heißt hier auch mehr als »kostenlos«! Hinter Linux steht der Gedanke der Selbstermächtigung und die Rückeroberung von Bürgerrechten aus den Händen von Konzernen und den ohne wirksame Kontrolle agierenden Geheimdiensten. Hier gibt es kein Wissen, daß als Betriebsgeheimnis einer Firma wie Windows oder Apple gehört. Hier kann BND und NSA nicht unsere Bürgerrechte rechtswidrig verletzen. Linux gehört allen und die General Public License (GPL), die angibt, unter welchen Bedingungen Linux weitergegeben werden darf, hat dabei eine zentrale Bedeutung.

Viele Dinge aus unserem alltäglichen Leben werden bereits von Linux-Systemen getragen. Dazu zählen Fahrkartenautomaten und Telefonanlagen genauso wie große Teile des Internet und sogar Stadtverwaltungen stellen ihre Software auf Linux um. Am weitesten ist hier die Stadt München, die seit 2003 ihre Systeme auf Linux umstellt. Als im April 2014 Windows seine Unterstützung für das Betriebssystem XP einstellte, gab die Stadt kostenlos 2000 CDs mit Linux-Ubuntu 12.04 an ihre Bürgerinnen und Bürger aus.

Jeder kann sich aber auch die entsprechende Software aus dem Internet herunterladen.

Zahlreiche Foren und wikis geben Schritt für Schritt Anleitungen dazu.

In Eberswalde gibt es für alle Interessierten, egal ob Grünschnabel oder Profi, nun die Möglichkeit, zu einem der monatlich stattfindenden Linux-Treffen zu kommen. Umstiegswillige sollen hier mit Rat und Tat ermutigt werden und Fortgeschrittene können über Syntax und aktuelle Programme und Programmcodes ihre Erfahrungen austauschen. Jeden zweiten Mittwoch im Monat treffen wir uns im Studentenclub, 18.30 Uhr bis 22.30 Uhr, um uns auszutauschen, Neugierige zu begrüßen und zu ermuntern, sich von Windows & Co freizumachen. Weitere Formate, wie »Free your Android« (Smartphone unlocken und freimachen für Linux) sind geplant. Wer Interesse hat, meldet sich bitte unter info@hebewerk-eberswalde.de

Unser Dank gilt dem Uckermärkischen Regionalverband e.V., der im Rahmen eines transnationalen Projektes den Grundstein zu einer überregionalen Vernetzung legte, den Kontakt zu einem Linux-Experten aus Lychen ermöglichte und schließlich für die ursprünglich angedachten und geplanten drei Veranstaltungen die Räumlichkeiten des Waldsolarheimes und StudiClubs mit ESF-Mitteln finanzierte.

Solche oder ähnliche gemeinnützige Projekte und Ideen können i.d.R. nur entstehen und sich erfolgreich verstetigen, wenn sich die organisatorische und finanzielle Last auf Seiten der Engagierten in Grenzen hält. Der Hebewerk e.V. versucht deshalb zusammen mit den Eberswalder Initiativen WandelBar, Freiraum, Tauschring und ALNUS e.V. im Kupferhammer 1 (ehemals KOMM-Zentrum) ein in Deutschland einzigartiges Konzept eines offenen und kreatives Zentrums für alle Bürgerinnen und Bürger, Initiativen, Gruppen, Vereine und gemeinnützigen Einrichtungen zu etablieren. Auch die Leserinnen und Leser sind herzlich eingeladen, eigene Ideen und Projekte mitzubringen und umzusetzen.

SVEN GUMBRECHT, Hebewerk e. V.

Donnerstag ist Offener Werkstatttag im Schöpfwerk

Jeden Donnerstag ist Offener Werkstatttag im Schöpfwerk in der Schöpfungstr. 5. Von 15 bis 18 Uhr können im Eberswalder Westend eigene Projekte und Ideen unter fachkundiger Anleitung der Schöpfwerkerinnen und Schöpfwerker umgesetzt werden. Unter Nutzung der vorhandenen Materialien und Geräte in den einzelnen Werkstattbereichen bieten die Räumlichkeiten in entspannter und kreativer Atmosphäre die Möglichkeit, in den Bereichen Schmuck, Malerei, Siebdruck und Stoff & Nähen tätig zu werden. Der Hebewerk e.V. ist Träger dieses offenen Werkstattprojektes, das von jungen Studentinnen und Studenten gemeinschaftlich betrieben wird. Die Projektwerkstatt steht allen Interessierten offen. Wir freuen uns auf euch!

ANNE WIEDEMANN, Offene Projektwerkstatt Schöpfwerk

Seit 35 Jahren:

Sozialistische Selbsthilfe

Initiative in Köln-Mülheim feiert Jubiläum

Die Sozialistische Selbsthilfe Mülheim (SSM) startete vor 35 Jahren. Werner Heidenreich, einer der Akteure von damals, erinnert sich: »Am Morgen des 3. November 1979 'bezogen' wir die Häuser und Hallen der Düsseldorfer Straße 74. Tom Koch war es, der mit dem dicken Bolzenschneider die Kette, mit der das Eingangstor des Geländes verschlossen war, zerschnitt. Die nunmehr 20jährige (heute 35jährige) Geschichte des SSM begann spätestens an diesem kalten Morgen. Es war ein schönes Gelände, der große Innenhof war herbstlich mit Blättern bedeckt und die Fassaden hatten ein freundlich warmes Aussehen im Baustil der Jahrhundertwende. Es gab große majestätische Bäume und wild wuchernde Hecken, die kurz davor standen, das ganze Gelände zu erobern.

Das Wetter war in den ersten Wochen regnerisch und kühl. Die Wohnverhältnisse in den Gebäuden waren mehr als ungemütlich. Ich frage mich heute, wie ich diese Zeit unbeschadet überleben konnte? Löchrige Dächer mit wurmstichigem Gebälk, kalte, teils feuchte Zimmer mit undichten Fenstern und Türen, Kohle-Öfen aus dem Sperrmüll, die ätzend qualmten und die Zimmer mit einem Rußgestank versahen und an den langen Winterabenden waren Petroleumlampen oder Kerzen die einzige Lichtquelle.« ... so steht es (und mehr) in unserer weiterhin interessanten Broschüre »20 Jahre SSM« (Download unter www.ssm-koeln.org). Immer noch ungeduldig und gar nicht richtig erwachsen feiern wir nun am 7. November schon 35 Jahre SSM.



Im April 2007 hat der SSM wieder ein schönes Gelände mit majestätischen Bäumen und wuchernden Hecken samt des letzten Gebäudes des Mülheimer Hafens im Norden von Mülheim bezogen – ganz ohne Bolzenschneider.

Überhaupt würden wir gerne das machen, was wir von Anfang an wollten. Veranstaltungen, Cafe, Second-Möbel-Verkauf, Reparaturen. Leute aus Hartz IV holen, Arbeitsplätze und Wohnungen schaffen. Neue Arbeit - Verknüpfung von Erwerbsarbeit und Eigenarbeit/Selbstversorgung und politisch-sozialem Engagement. Dafür vorgesehene Mülheim 2020-Fördergelder hat die Verwaltung leider vorbeirauschen lassen. Aber das Leben geht ja weiter. Vielleicht können wir mit eurem Rat und eurer Unterstützung beim nächsten Jubiläum Vollzug melden.

HEINZ WEINHAUSEN

B) Parteien schreien »Wachstum, Wachstum, Wachstum«. Natürlich meinen sie »Wachstum der Profite«, und für das Volk – den großen Lämmel – ein paar Trostpflaster. Deshalb knüpfe ich an die Punkte 4 und 5 meiner Zehnpunkte-Liste (siehe Teil 10 in BBP 8/2014) an. Um die Armut in Mittel-Europa zu überwinden, brauchen wir kein Wirtschaftswachstum: »Es wächst hienieden Brot genug / Für alle Menschenkinder, / Auch Rosen und Myrten, Schönheit und Lust, / Und Zuckereybsen nicht minder.« (Heinrich Heine, und auch heute noch.) Für die Dritte Welt genügt es, wenn wir sie nicht länger ausrauben und wenn wir ihr beim Brunnenbau helfen. Und wenn wir ihre Arbeitsprodukte fair bezahlen. Dann wird sie sich selbstbewußt zu helfen wissen.

Aber Deutschland: Da möchte ich rufen: »Ihr holden Frauen, Ihr seid immer schön und liebenswert, auch wenn Ihr nur 50 Paar Schuhe im Schranke habt. Ihr starken Männer, Ihr seid immer zeugungsfähig, auch wenn Ihr nur 50 PS unter der Haube habt.«

Mit anderen Worten hat das gerade Prof. Niko Paech von der Uni Oldenburg in einem Interview gesagt: »Ich plädiere nicht für Verzicht, sondern für Befreiung vom Überfluß. Aber die Mehrheit der Menschen in den europäischen Gesellschaften lebt in einem Reichtum, den wir überhaupt nicht mehr vertreten können... Da sehe ich Entrümpelungspotential. Ich plädiere für eine Befreiung vom Ballast...«

Doch was sich führende Partei-Politiker leisten in ihrem Größenwahn – Flugplätze und Bahnhof Stuttgart, alles für 4 bis 5 Milliarden – das gehört verurteilt. Partei-Politiker wollen große Unternehmen bedienen und sich selber Denkmäler setzen. Ehe das Volk den Braten riecht, sind schon vertragliche Pflöcke eingeschlagen, und das Volk wird mit Täuschungen hingehalten. Zuletzt muß es alles bezahlen und den Lärm aushalten. Gäbe es schon einen Volkskongreß, wäre es leicht, die Partei-Politiker strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Ein Volks-Kongreß wird schon deshalb die geltenden Gesetze nicht plitz platz außer Wirkung stellen. Ein Volks-Kongreß wird der Justiz den Rücken stärken und die Spielräume – das Volk spricht von »Gesetzes-Lücken« – zugunsten des Volkes nutzen. Schritt für Schritt wird der Volkskongreß den Gesetzes-Bestand auf die Höhe der Zeit zu bringen. Entscheidend ist, daß die größten Vermögen außer Eigentum gestellt werden.

Preisskat- und Romméturnier

Am Samstag, den 18. Oktober, veranstaltet der SPD Ortsverein Finow ab 15 Uhr seinen 4. Preisskat- und Romméabend. Das Turnier findet bei der Arbeiterwohlfahrt im Brandenburgischen Viertel, im Pflegeheim »Im Wolfswinkel«, in der Frankfurter Allee statt. Einlaß ist ab 14 Uhr, Spielbeginn um 15 Uhr. Die Startgebühr beträgt 10 Euro pro Person. Die Versorgung mit Essen und Trinken zu kleinen Preisen übernimmt auch diesmal die AWO.

RINGO WRASE

Bundestagswahl 2013 – und was dann? (Teil 12)

Subversive Betriebswirtschaftslehre

von Dr. Rainer Thiel

Um seine eigene Entwicklung als Gesamtheit freier und solidarischer Persönlichkeiten zu garantieren, muß das Volk Ansätze finden. Über drei Ansätze A), B), C), die es schon gibt, will ich berichten. Nach dem Rückblick A), den wir im vorigen Teil betrachtet haben, nun zu den Ansätzen B) und C):

C) Welche großen Unternehmen brauchen wir auch noch in Zukunft, selbst wenn sie sich in der Hand des Volkes befinden? Das sollten wir in aller Besinnlichkeit prüfen. Hüttenwerke für den Stahl der Fahrräder und Wasserleitungen, der Windkraft-Anlagen und Straßenbahnschienen, Zementwerke für den Wohnungsbau und Kupferbergbau für Elektrotechnik – dergleichen brauchen wir. Und was noch? Wir sind doch scharfe Denker.

Niko Paech ist für mich erkennbar weiter als vor ca. drei Jahren in einem workshop von »Offene Kirche« in meiner Geburtsstadt Chemnitz, als ich ihm zuhörte und auch mein Buch überreichte, das den Titel trägt »Allmähliche Revolution. Tabu der Linken: Zwei Arten Abstand vom Volk: Auf Wunder warten, und 'Gebt eure Stimme bei uns ab'«. Nun möchte ich Niko Paech zitieren aus seinem ND-Interview vom 21. Oktober 2013. Paech hat auf den Punkt gebracht, was zum Beispiel bei Attac gemeinschaftlich behandelt wird. Natürlich kann ich nur einen Auszug aus dem Interview geben. Paech selber beginnt mit einer Frage:

»Ich möchte wissen, wie viele Unternehmer mehr wollen, als nur ein gutes Auskommen, ... oder Profite zu machen. Ich frage mich, ob sie verstanden haben, daß es heute neue Herausforderungen an Unternehmen gibt, wenn wir eine sozial gerechte und nachhaltige Ökonomie gestalten wollen.« Der Interviewer fragt: »Was macht diese neuen Unternehmen aus?« Paech antwortet: »Sie werden keine großen Konzerne oder Aktiengesellschaften sein, sondern Unternehmensformen, die sich an demokratischer Entscheidungsfindung, an

der Regionalökonomie, am Genossenschaftswesen und vor allem an Formen des solidarischen Wirtschaftens orientieren... Das nenne ich subversive Betriebswirtschaftslehre... Wir brauchen Beschäftigungsverhältnisse, in denen wir nicht mehr 40, sondern vielleicht 20 Stunden arbeiten...«

Die Linkspartei hat sich leider auf die Mainstream-Wachstums-Welle draufgeschwungen. Doch immer mal wieder meldet sich einer aus ihren Reihen zu Wort, diesmal MdL Dr. Andreas Bernig, Land Brandenburg, in ND 22.10.2013. Dort beruft er sich auf den Österreicher Christian Felber, der auch schon auf Attac-Treffen viele Zuhörer hatte. Nun will die Universität Salzburg mit dessen Hilfe einen Lehrgang starten. Jeden Monat empfängt er schon 150 Angebote aus mehreren Staaten für seine Vorträge. Bernig hat ihn besucht und beginnt, sich im Lande Brandenburg zu regen.

Ich selber traue Klein- und mittelständischen Unternehmern zu, nun einen neuen Mainstream zu kreieren, der den Ideen von Attac, von Paech, Felber, Bernig und auch Thiel sehr gerne folgen möchte. Vor etwa fünf Jahren habe ich die Attac-Arbeitsgruppe »Transformation statt Wachstum« mitgegründet.

Aber eines, Freunde, halte ich für unausweichlich: Ohne das große Kapital außer Eigentum zu stellen werden unsre menschlichen Ideen im Ansatz stecken bleiben. Um das große Kapital außer Eigentum zu stellen, müssen die Parteien abgewickelt werden. Fünfundsechzig Jahre haben sie die Willensbildung des Volkes »mitgestaltet«. Jetzt reicht es.

Fortsetzung folgt

Zur Schließung der Eberswalder DB Fahrzeuginstaltungs GmbH:

Kompromißlos wehren!

Auch 24 Jahre nach der Einheit wird die von der Treuhand begonnene Deindustrialisierung und massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen in den neuen Bundesländern entgegen aller Versprechen der bisherigen Bundesregierungen fortgesetzt. Nachdem in unserer Region das Walzwerk in Insolvenz ging, das Schweinezucht- und -mastkombinat abgerissen und 80 % der Belegschaften des Kranbaus und des Schlacht- und Verarbeitungskombinates entlassen wurden, soll nunmehr auch das Eberswalder Werk der DB Fahrzeuginstandhaltung GmbH dicht gemacht werden. Die Versprechen der Verantwortlichen der Deutsche Bahn auf Kündigungsschutz und Weiterbeschäftigung sind nach meiner Auffassung nur ein

durchsichtiger Versuch, die berechtigten Proteste der Belegschaft und der Gewerkschaften zu besänftigen. Die vielfachen Erfahrungen in solchen Fällen lehren, daß sich am Ende die Masse der Belegschaft als arbeitslos auf der Straße wiederfindet oder bei gleicher Beschäftigung mit weniger Lohn für den Bahnkonzern irgendwo in der BRD weiter beschäftigt werden. Die Belegschaft und ihre Gewerkschaft sind sicher gut beraten, wenn sie sich kompromißlos wehren und die politisch Verantwortlichen von der Kommunalpolitik bis zur Bundesregierung und dem Bundestag nicht an den solidarischen Worten sondern ihren konkreten Taten messen.

GISELA KOCH

DIE LINKE Barnim nach der Landtagswahl:

Einen Erneuerungsprozeß angehen...

Ladeburg (bbp). Auf seiner Sitzung am 25. September in Bernau-Ladeburg befaßte sich der Kreisvorstand der Barnimer LINKEN gemeinsam mit Sprechern der Basisgruppen und dem Kreis-Wahlkampfteam der Partei mit den Ergebnissen der Landtagswahlen.

Die Wahlziele wurden nicht erreicht und DIE LINKE mußte herbe Einbußen hinnehmen. »Insbesondere schmerzhaft und ein deutliches Zeichen für einen Vertrauensverlust ist der Wechsel vieler Menschen zu den Nichtwählern. Die Gründe hierfür sind sehr vielfältig und noch nicht abschließend zu beurteilen.«

Als Ursachen wurden auf Landesebene u.a. benannt: eine zu geringe Berücksichtigung der Familien- und Arbeitsmarktpolitik, insbesondere der unteren Einkommensgruppen; Glaubwürdigkeitsprobleme durch teilweise unsolidarische innerparteiliche Auseinandersetzungen; Mängel in der Zusammenarbeit zwischen Partei, Landtagsfraktion und Ministern; eine ungenügende Öffentlichkeitsarbeit, wobei hier die Parteifunktionäre einen »starken medialen Widerstand« konstatieren; eine teilweise zu große Selbstsicherheit und schließlich der Umstand, daß es in der Partei zu wenige Aktive

gibt und nicht zuletzt daraus Mobilisierungsprobleme erwachsen.

Alle waren sich einig, daß die Analyse weitergeführt werden muß und es ein »weiter so« nicht geben darf. Eine aktive Mitarbeit, Meinungen und Kritik aller Genossinnen und Genossen ist hierbei ausdrücklich gewünscht.

DIE LINKE Barnim hat alle drei Direktmandate und, bei einer Wahlbeteiligung von nur rund 46 %, fast die Hälfte ihrer bisherigen Wähler verloren. Der Kreisvorstand sieht hier einvernehmlich die Notwendigkeit, im Kreisverband einen Erneuerungsprozeß anzugehen.

Zu den Wahlergebnissen der Linkspartei

Nach empfindlichen Stimmverlusten der Linkspartei im Barnim und Eberswalde zu den Bundestags- und Kommunalwahlen und den Verlust aller Direktmandate im Bundestag setzt sich leider dieser negative Trend zu den Landtagswahlen verstärkt fort. Im Vergleich zur letzten Landtagswahl verlor die Linkspartei im Barnim und in Eberswalde schwerwiegend an Wählerstimmen, alle drei Direktmandate für den Landtag gingen verloren und der Bürgermeisterkandidat der Linken für Eberswalde erhielt nicht einmal die Hälfte der Stimmen seines Gegenkandidaten Boginski.

Das alles sollte endlich Veranlassung sein, eine kritische und ungeschminkte Bilanz über die Ursachen auch in der Kommunalpolitik zu suchen, die dieses Wahlergebnis wesentlich beeinflusst hat. Das betrifft besonders örtliche Themen der sozialen Gerechtigkeit. Das beginnt weiterhin damit, daß zu der Koalition von Landrat Ihrke mit der CDU weniger fried-

liche Duldsamkeit geübt, sondern kritisch und konstruktiv die Unterschiede zur Linkspartei in der Öffentlichkeit deutlich gemacht werden. Das gilt auch sinngemäß für die Kommunalpolitik in Eberswalde. Zur notwendigen Veränderung gehört auch, daß innerparteilich Meinungen und Vorschläge zur Kommunalpolitik sachlich diskutiert und nicht ignoriert werden. Parteiausschlüsse oder gar Fraktionsbildungen außerhalb der Partei sind deshalb ungeeignet.

Auch in der Öffentlichkeitsarbeit sollten neue Wege z. B. über die örtlichen Medien gesucht werden, um einem größeren Kreis von Bürgerinnen und Bürgern die Kommunalpolitik der Linkspartei zu vermitteln und verständlich zu machen. Ich erinnere mich noch gern an den Gewinn des ersten Direktmandates in Eberswalde, wo zu dieser Zeit gemeinsam mit den Gewerkschaften drei Fernsehsendungen organisiert und 23.000 Unterschriften in

Eberswalde gegen zu hohe Wasser-/Abwasserpreise gesammelt wurden und sich viele PDS-Genossen in der örtlichen Presse zu Wort meldeten. Die Vergangenheit lehrt, daß nicht nur mit mehr oder weniger schönen Plakaten, Wahlrundschriften oder Wahlversammlungen vor der Wahl wirksame Öffentlichkeitsarbeit erreicht wird.

Abschließend eine persönliche Anmerkung: Warum schreibt ein 92-jähriger, der 69 Jahre Mitglied der Partei ist, öffentlich über Probleme seiner Partei? Weil Vorschläge und Fragen zur Kommunalpolitik vom Vorsitzenden und verantwortlichen Funktionären des Kreisvorstandes ignoriert und noch nicht einmal beantwortet und Artikel für die Kreiszeitung der Partei über Schlußfolgerungen aus den letzten Kommunalwahl für die Landtagswahl ohne Kommentar totgeschwiegen werden. Auch das sollte sich ändern!

Dr. HELMUT KOCH

Erinnerung an den 65. Jahrestag der DDR

Die Neue Spartakusgruppe veranstaltete am 7. Oktober anlässlich des 65. Jahrestag der Gründung der DDR zur Erinnerung und zum Protest eine Kundgebung am Max-Reimann-Denkmal an der Frankfurter Allee im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde. Ein-

schließlich einer Delegation der DKP kamen an dem Oktober-Dienstag ein gutes Dutzend Menschen zum Max-Reimann-Denkmal.

»Wir wollen keinen Krieg«, sagte Karl-Heinz Blättermann von der Neuen Spartakusgruppe, zugleich Vorsitzender der Regionalorganisation der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). »Die Westmächte müssen aufhören, Rußland zu provozieren«. Blättermann wandte sich gegen die deutschen Waffenexporte und gegen Bundeswehrwerbung an den Schulen. »Von Deutschland muß Frieden und kein Krieg ausgehen«, sagte er.

Das Reimanndenkmal mache insgesamt durchaus einen gepflegten Eindruck, lobte Blättermann das Engagement des für die Pflege zuständigen Bauhofes der Stadt. Allerdings wäre inzwischen auch mal ein Beschneiden der Bäume notwendig, die das Denkmal inzwischen verstecken.

KLAUS BARGLOW

Freundschaftsgesellschaft

Als die Regionalgruppe Eberswalde der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V. (BFG) Ende 2013 ihren Vorstand neu wählte, war klar, daß sich die künftige Freundschaftsarbeit am Leistungsvermögen der meist schon betagten Mitgliedern orientieren muß. Um den Freundschaftsgedanken weiterzuleben und den Gedankenaustausch zu pflegen, organisiert der Vorstand regelmäßige Freundschaftsnachmittage am Samowar. Einen engen Kontakt gibt es durch persönliche Besuche bei Geburtstagen und anderen persönlichen Jubiläen, aber auch bei Krankheiten oder anderen familiären Problemen der Mitglieder. Neu war die Zusammenarbeit mit der Volkssolidarität (siehe Seite 9).

Höhepunkte der Freundschaftsarbeit bleiben die jährlichen Gedenktage am 6. April zu Ehren von Boris Kapustin und Juri Janow sowie natürlich der Tag der Befreiung am 8. Mai am sowjetischen Ehrenmal in der Freienwalder Straße.

WILHELM LANGE



Selbstverständlich gründeten die Entscheidungen der Berliner Politiker auf den Zusicherungen der Militärs und deren Zutrauen in die militärische Überlegenheit der deutschen Waffen. Selbst die Kritiker des Kanzlers, die Bülow und Schön, 1914 der Botschafter des Reichs in Paris, vertrauten einerseits darauf, es werde sich um einen kurzen Krieg handeln, und setzten andererseits festes Vertrauen in den Generalstabschef von Moltke. Doch bemäntelten derartige Äußerungen Fehler, die bereits zu Beginn des Jahrhunderts, bei der Besetzung der Stelle des Chefs des Generalstabs begangen wurden. Der jüngere Moltke reichte nun einmal nicht an seinen großen Onkel heran. Bereits im Verlauf des Krieges, als deutlich wurde, wie aussichtslos die Lage sich entwickelte, hat selbst der Kanzler im persönlichen Gespräch Zweifel an den Vorkriegsplannungen, insbesondere der Militärs, geäußert. Derartige Zweifel werden weiter durch ältere Beamte, wie etwa Botho von Wedel, unterstützt, welche die fehlerhaften Annahmen der militärischen Führung und des Auswärtigen Amtes als Ausgangspunkte einer falschen Politik deklarieren. Die überoptimistische Einschätzung der deutschen Armee und überbordendes Vertrauen in deren Leistungsfähigkeit, der »heiligen Kuh« deutscher Selbsteinschätzung, wie Wedel nachweist, habe – durch Bethmann Hollweg, Jagow, Zimmermann und andere Diplomaten übernommen, dazu geführt, eine überharte »Policy of Pretention« zu verfolgen. Jedenfalls gehörte die politische Administration dieser Jahre, später der so genannte »Bethmann Kreis«, zumindest nicht zu den Vertretern einer pazifistischen Politik. Das gab selbst bereits Bernhard W. von Bülow zu, der zu diesem Kreis zählte.

Wie nach der Aktenlage nicht anders zu erwarten, sind uns nur wenige Beiträge des Reichskanzlers überkommen, die zu diesen Fragen aus seiner Sicht Stellung beziehen. So die Denkschrift für den Untersuchungsausschuß des Reichstages 1919, welche sich, in deren zentralem Anliegen, auf den »Wert der Erhaltung der österreichisch-ungarischen Machtstellung« bezog. Indem der vormalige Reichskanzler ganz die Einbahnstraßen des österreichischen Bündnisses beschrieb und die deutsche »Weltstellung« von der »Unabhängigkeit« Österreichs abhängig machte, suchte er ausschließlich sein Konzept für die Anfangsphase des Ersten Weltkrieges zu begründen.

Das Problem, vor dem die deutsche politische Führungsspitze im Juni 1914 stand, bestand in einem, wie Bethmann Hollweg schreibt, »angeblich sterbenden Österreich«, was die »Isolierung des Deutschen Reiches« nach sich gezogen hätte. Ja, der frühere Reichskanzler betonte, »die Weltlage« sei »starr geworden und« habe »sich seit den letzten beiden Balkankriegen auf der allgemein unveränderten Basis nur insofern weiter entwickelt, als die deutschfeindliche Koalition nach dem Anschluß Englands an den russisch-französischen Zweibund in ihren Abspra-

Eine Denkschrift vom Juni 1914 mit Folgen (Teil 1):

Die Schale des Krieges senkt sich

Dietrich Bethmann Hollweg prophezeit den Zusammenbruch Österreich-Ungarns

Im Umfeld des 100. Jahrestags des Beginns des 1. Weltkriegs verstärkten sich Wortmeldungen wie die des Australiers Christopher Clark, der in seinem Buch »Die Schlafwandler – wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog« behauptet, die europäischen Mächte wären nur aus Unfähigkeit ihrer Politiker in die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts hineingeschlittert. Die historischen Tatsachen sollen zurechtgebogen werden, damit sie nicht als Ballast der künftigen »Verantwortung Deutschlands«, wie BuPrä Gauck die zunehmende Aggressivität führender Kreise der BRD umschreibt, im Wege zu stehen. Was Rosa Luxemburg schon 1915 ihrer »Junius-Broschüre« erkannt und der BRD-Historiker Fritz Fischer Anfang der 1960er Jahre in seinem Buch »Griff nach der Weltmacht« anhand von Archivdokumenten bewiesen hatte, soll in Vergessenheit geraten.

Doch nun gibt es neu entdeckte Dokumente aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, welche die »Schlafwandler-These« widerlegen. Schon seit längerem ist aktenkundig, daß die deutschen Führungseliten spätestens nach dem 1. Balkankrieg in den Krisenkonferenzen vom November und Dezember 1912 die Weichen auf den »Großen Krieg« gestellt hatten. Damals war klar geworden, daß die militärische Überlegenheit, auf die Deutschland seit dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 bauen konnte, bröckelte. Im Frühsommer 1914 hatten sich die internationalen Widersprüche weiter zugespitzt. In dieser Situation erhielt Reichskanzler Theodor von Bethmann Hollweg von seinem Cousin, Legationsrat an der deutschen Botschaft in Wien, eine Denkschrift zur katastrophalen wirtschaftlichen Lage Österreich-Ungarns. Das war unmittelbar vor dem Attentat von Sarajewo. Unser Autor Dr. BERND SCHULTE macht auf Fakten aufmerksam, wonach die ausschlaggebende Denkschrift vom 24. Juni 1914 möglicherweise nicht zufällig zu diesem Termin geliefert wurde.

chen und Vorbereitungen eine diplomatisch und militärisch gebundene Konsistenz gewonnen hatte.«

Es tritt im Folgenden allseits hervor, wie aggressiv West- und Ostmächte die Lage für einen kommenden Krieg nutzten. Zentral die Absicht Serbiens, Teile aus Österreich herauszubrechen, und damit den Aufteilungsprozeß der Donaumonarchie einzuleiten. Auch das Zusammenspiel zwischen Petersburg, Belgrad und London wird überdeutlich. Bethmann Hollweg, allgemein als England-Philantrop verstanden, erscheint hier völlig eingedenk der tiefgegründeten Gegnerschaft Londons gegenüber Berlin und damit der geringen Aussichten einer deutschen englischen Entspannung.

Petersburgs Kriegsziel sei gewesen, »Österreich und seinen Einfluß vom Balkan zu eliminieren«. Bethmann Hollweg sieht, anders als die neuere Forschung, die hohe Bedeutung der bündnispolitischen Umschichtung in Europa, welche im Gefolge der Balkankriege eintrat. Im Gegensatz zu der Einschätzung, die hier im Folgenden dargelegt wird, soll, wie Bethmann Hollweg 1919 ausführt, Österreich am 5. Juli, in seinem Promemoria, die allgemeine »diplomatische[n] Wiederherstellung des österreichischen Einflusses auf dem Balkan«, »ein Programm auf lange Sicht«, entworfen haben.

Der frühere Reichskanzler suchte damit offensichtlich, die Verantwortung für alles was folgte, Wien zuzuschieben. Der entscheidende, alles auslösende, Faktor, so Bethmann, habe in der Ermordung des Erzherzogs Franz-Ferdinand bestanden. Der rapide Entschluß in Berlin, der den Aktionen des frühen Juli 1914 zu Grunde lag, wird deutlich, wenn der frühere Reichskanzler schrieb: »Der letzte mögliche Augenblick war da, um die österreichische Autorität bei der südslavischen Welt wieder herzustellen.

Sollte er nicht unwiederbringlich verloren gehen, so mußte fest und schnell zugegriffen werden. Der Krieg mit Serbien war damit möglich und wahrscheinlich. Wir haben ihn in unseren Instruktionen nicht ausgeschlossen, aber ihn weder gefordert, noch dazu getrieben. Geraten haben wir aber zu schnellem Vorgehen, weil damit zum ehesten Weltkomplikationen vermeidbar schienen.«

Es ging um die sogenannte »Politik der Lokalisierung«. Heute wissen wir, daß die deutsche Politik Wien nicht so freie Hand ließ, wie Bethmann Hollweg dies hier erscheinen lassen will. Rußland soll allein verantwortlich gewesen sein; in Verbindung mit verschiedenen Fehlern, die in Wien eintraten.

So läuft alles auf die Beurteilung Österreich-Ungarns im Juni 1914, dessen Zukunftsaussichten, und wirtschaftliche und militärische Leistungsfähigkeit hinaus. Das bestätigt Bethmann Hollweg indem er schreibt: »Nur um so klarer hätte sich dann der Zwang der Lage enthüllt, unter dem wir standen. Auch dann war zu entscheiden, ob der Versuch gemacht werden sollte, die Position der Mittelmächte durch Abwehr eines in den Anfängen möglicherweise noch aufzuhaltenden Vorstoßes zu wahren, oder ob es dazu bereits zu spät war und wir uns darein finden mußten, den Zerfall Österreichs und damit die Verkleinerung unserer eigenen Stellung hinzunehmen.«

Der Legationsrat an der Wiener Botschaft, und Cousin des Reichskanzlers Dietrich von Bethmann Hollweg, legte am 24. Juni 1914 diesem einen vertraulichen »Wirtschaftlicher[n] Bericht« vor. Diesen hatte der Botschafter von Tschirschky mit der Bemerkung übersandt, diesen »mit Rücksicht auf die darin gemachten Ausführungen... vertraulich behandeln lassen zu wollen.«

Dr. BERND F. SCHULTE
(Fortsetzung folgt)

Wein aus Niederfinow

Finowkanal-Geschichten-Wanderung 9

Die Weinprobe beim Hobby-Winzer Sebastian mußte natürlich gut vorbereitet sein! Deshalb erkundeten die Teilnehmer der neunten Finowkanal-Geschichten-Wanderung zunächst die Geschichte des alten Fischer- und Weinbauerdorfes Niederfinow.

Ortskundige Erzähler waren diesmal Renate und Karl-Heinz Dettmer. Allein das ist eine Geschichte für sich. Das Stichwort für Insider: »Papp-Schmidt«. Jedenfalls wohnen die Dettmers im einzigen Haus in Niederfinow, das zur Gemeinde Hohenfinow gehört. Warum, das verrät der Graben hinter ihrem Haus, der gut sichtbar den Verlauf der alten Fine vor ihrer Wandlung zum Finowkanal markiert. Dort verläuft noch heute die Ortsgrenze!

Etwa 15 Wanderer trafen sich trotz des anfänglichen Regenwetters an der Zugbrücke (»Klappbrücke«, laut WSA) über den Finowkanal. Von dort ging es zunächst den Berg hinauf zur alten Wehrkirche mit dem idyllisch gelegenen Dorffriedhof, auf dem auch der Besitzer der ehemaligen Dachpappenfabrik begraben liegt. Die geplante Besichtigung des Friedhofs ließen wir aber ausfallen, da es in der wunderschön restaurierten Kirche trocken und gemütlich war und Karl-Heinz Dettmer die Gelegenheit nutzte, ausführlich über die Geschichte des Dorfes zu referieren und dabei auch so manche Anekdote nicht ausließ.

Am Finowkanal entlang ging die Wanderung zum Unterstand des Modells eines Finow-Maßkahns, das Karl-Heinz Dettmer zum 750. Jubiläum des Ortes angefertigt hatte.

Endgültig warm wurde es auch dem letzten Wanderer auf dem Weg aufwärts in die »Wein-

berge« und bei dampfender Erbsen- und Kürbissuppe und nicht zuletzt beim kräftigen Rosé und Rotwein aus der Niederfinower Ortslage.

Ich bedanke mich sehr herzlich für die perfekt gelungene Organisation durch die Niederfinower Mitglieder und ganz besonders beim Geschichten-Erzähler Karl-Heinz Dettmer und dem Weingärtner Sebastian!

Prof. HARTMUT GINNOW-MERKERT,
Initiative Unser Finowkanal e.V.



Weinanbau ist eine alte Tradition in Niederfinow. Die Weinrebe findet sich sogar im offiziellen Wappen des Dorfes. Die von der Sonne gewärmten Südhänge des Finowtals begünstigten den Weinanbau als Nebenerwerb der hier ansässigen Fischer. Eine Wetterkatastrophe im 19. Jahrhundert beendete den Weinanbau, doch heute versuchen einige Niederfinower, die alte Tradition am Finowkanal wieder aufleben zu lassen.

Natura Trail im Biesenthaler Becken

Die Brandenburger Bundestagsabgeordnete Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) lädt gemeinsam mit der Naturfreunde-Ortsgruppe Biesenthal-Hellmühle am 18. Oktober zur 10 km langen Wanderung auf den Natura Trail »Biesenthaler Becken«. Die Tour startet in Biesenthal und führt durch ein Kleinod unter den Naturschätzen Brandenburgs. Die samstägliche Tour führt um 9.30 Uhr ab Biesenthal Markt auf dem Natura Trail zur Ulli-Schmidt-Hütte, Ankunft ca. 11 Uhr, wo kurz gerastet wird. Nach Verköstigung geht es auf einem Rundweg teils entlang des Hellsees zurück zum Markt in Biesenthal. Rückkehr ca. 14.30 Uhr.

»Natura Trails« sind eine europaweite Naturfreunde-Kampagne, die das Bewußtsein für europäische Schutzgebiete (z.B. Flora-Fauna-Habitat (FFH)) fördert und letztlich für das

Netzwerk europäischer Schutzgebiete und ihre Vorteile für Menschen, Tiere und Pflanzen wirbt. Typisch für das Biesenthaler Becken im Naturpark Barnim ist, daß Sandberge und Moore sich dicht nebeneinander befinden. Der Trail führt durch Feuchtgebiete, über Fließe und Trockenstandorte und auch über einen angrenzenden Endmoränenbogen, in den sich das Hellmühler Fließ eingeschnitten hat.

Mitzubringen sind festes Schuhwerk, wetterfeste Kleidung, ggf. kleine Wegzehrung und gute Laune. Es wird um **Anmeldung bis zum 15. Oktober, 12 Uhr**, gebeten (eMail: annalena.baerbock.ma10@bundestag.de oder Telefon 0331/8871056).

NILS NABER

Treffpunkt ist am Samstag, den 18. Oktober, um 9.30 Uhr in Biesenthal auf dem Markt.

Wandertips

von BERND MÜLLER

Pilzspaziergang

mit Apotheker Peter Stegemann (3km)

19. Oktober, Sonntag

Peter Stegemann ist seit 1968 Pilzsachverständiger in der Region Bad Freienwalde und weiß gut über die gefährlichen und harmlosen einheimischen Pilze Bescheid. Der Pilzspaziergang führt in den sehr abwechslungsreichen Sonnenburger Forst. Beim Kaffeetrinken in der Köhlerei kann weiter gefachsimpelt werden.

Treff: 13.30 Uhr, Köhlereiparkplatz, Sonnenburger Straße 3c, 16259 Bad Freienwalde

Wanderung um den Hellsee

und das Lanker Schloß (7,1 km)

26. Oktober, Sonntag,

Vorbei am verschlafenen Schloß Lanke gehen wir durch den ehemaligen Schloßpark auf den Wanderweg um den Hellsee. Nach gut der Hälfte erreichen wir gegen Mittag die Naturfreunde Hütte »Ulli Schmidt« am Hellsee. Hier erwarten uns bereits die NaturFreunde Hellmühle mit leckerer Bratwurst und Getränken. Gegen 13 Uhr begeben wir uns gestärkt auf die letzten 3 Kilometer bis wir etwa 14 Uhr Lanke erreichen. Evtl. kleine Schloßführung wird angefragt. Wanderleiter ist Reiner Lehmann.

Treff: 10.30 Uhr Schloß Lanke, 16348 Wandlitz Ortsteil Lanke (großer Parkplatz im Ort bei Bushaltestelle)

Gebühren: Erwachsene 2,50 Euro, ermäßigt Kinder, NaturFreunde und Freienwalder Kurkarteninhaber 1,50 Euro.

Halloweenwanderung

Anna Liebenwaldt und die Brandfichte

31. Oktober, Freitag

Ein kleiner NachtSpaziergang mit Lichtern und Geschichten über Samhein oder wie es heute heißt Halloween. Besonders eingegangen wird auf die Geschichte der letzten Hexenverbrennung bei Freienwalde an der Brandfichte. Für eine vorgetragene Geschichte oder Sage gibt es Süßes! Wanderleiter Corinna Gerber Organisation Bernd Müller.

Treff: 16 Uhr Fachklinik Moorbad, Gesundbrunnenstraße 33, 16259 Bad Freienwalde
Gebühren Erwachsene 2,80 Euro.

Vorschau

Maria und der Teufelssee, Höhenwegwanderung

2. November, Sonntag, letzte Wanderung mit Jugendherbergsleiter Volker Nagel, 6 km.

Treff: 13.30 Uhr, Jugendherberge Teufelssee, Hammerthal 3, 16259 Bad Freienwalde.

Anmeldung unter 03344/333200 oder wandermueller@aol.com. Wenn nicht anders angegeben werden folgenden Organisationsgebühren erhoben: Erwachsene 2,20 Euro, ermäßigt 50 %, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Internationales Schaukochen im BBZ

Das neu eröffnete Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio in der Eberswalder Puschkinstraße hat viel zu bieten. Im Café im 1. Obergeschoß begann im Oktober die Reihe »Internationales Schaukochen«. In Reminiszenz an den Namensgeber des Hauses, Amadeu Antonio, startete die Reihe am 10. Oktober mit leckerer afrikanischer Küche. Hobbyköche aus Angola zeigten die Herstellung echter angolanischer Spezialitäten. Gemeinsam wurde geschneidelt, geköchelt, verkostet und verzehrt. Dazu erfuhr der Besucher Wissenswertes zu Land und Leuten, Umgang mit Gewürzen u.a.

Am Donnerstag, den 6. November steht russische Küche im Mittelpunkt. Unter dem Motto »Pelmeni selbst gemacht« zeigen Mitglieder des Iwuschka-Chores aus Eberswalde den Weg zur perfekten Teigtasche, interessante Gespräche am Küchentisch und Soßenköstlichkeiten inklusive. Eine Rezeptbörse ist gratis.



Am 13. November ist um 10 Uhr der Startschuß für das erste »Offene Singen« unter Leitung von Erika Knabe im Café des BBZ. Sangsfreudige jeden Alters können hier einmal monatlich ohne Anmeldung spontan und in Gemeinschaft jubiliere.

ANDREA HOEHNE

Basiskonferenz der LINKEN

Eberswalde (bbp). Der neue Koalitionsvertrag zwischen SPD und LINKE für eine weitere Legislaturperiode bis 2019 wurde am 10. Oktober der Öffentlichkeit vorgestellt. Bei der LINKEN wird es dazu einen Mitgliederentscheid geben, der am 13. Oktober startet. Um diesen vorzubereiten, sind Basiskonferenzen geplant. Die Basiskonferenz Nord findet am 17. Oktober um 18 Uhr im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio in der Eberswalder Puschkinstraße 13 statt, teilte der Kreisgeschäftsführer der Barnimer LINKEN Frank Müller mit.

Daran werden Vertreter der Verhandlungsgruppe zum Vertrag, Mitglieder des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion teilnehmen und Rede und Antwort stehen.

Tanzcafé im »Bahnhofstreff« Finow:

Am 4. November, 14 Uhr, haben Tanzlustige wieder Gelegenheit, das Tanzbein zu schwingen.

Buntes Programm zum 69.

Am Freitag, dem 24. Oktober, lädt die Volkssolidarität Barnim von 11 bis 16 Uhr zu ihrem traditionellen Tag der offenen Tür in die Mauerstraße 17 (Richterplatz) in Eberswalde ein. Das 69. Jubiläum ihres Bestehens feiert die Volkssolidarität mit einem bunten Programmangebot an alle Eberswalder und Barnimer. Ab 11 Uhr herrscht geschäftiges Treiben im hellen Atrium des Hauses, von Glücksrad bis Trödelmarkt lockt das Angebot. Medizinische und kosmetische Beratung, Evergreens non stop, Show-Tanz, Kita-Programm und Chorgesang sind abwechslungsreiche Hingucker. Hauseigene Mittagsangebote und selbstgebackener Kuchen werden offeriert. Erleben Sie Information und kurzweilige Unterhaltung in unmittelbarer Nähe des Eberswalder Marktplatzes!

ANDREA HOEHNE

Filmwochenende im Kulturhaus Heidekrug

Am Freitag, dem 17. Oktober, um 19.30 Uhr setzt der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 seine Retrospektive »Lebenswelten eines untergegangenen Landes« unter Leitung von Günter Lippmann mit den Filmen WENN ICH ERST ZUR SCHULE GEH (1961, 14 Minuten) und JOCHEN – EIN GOLZOWER AUS PHILADELPHIA (2001, 119 Minuten) von Winfried Junge und Barbara Junge fort. Der Eintritt beträgt 5 Euro. Barbara und Winfried Junge werden anwesend sein.

Am Sonntag, dem 19. Oktober, um 10.30 Uhr zeigen wir im Kinderkino den Spielfilm ES GIBT NUR EINEN JIMMY GRIMBLE (Großbritannien 2007) über einen Jungen und seine Fußballleidenschaft. Der Eintritt beträgt für Kinder 1,50 Euro und für Erwachsene 3 Euro.

Das Kulturhaus Heidekrug finden Sie in der Brunoldstraße 1 in 16247 Joachimsthal. Weitere Informationen unter <http://heidekrug.org/>.

GISBERT AMM

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten)

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

Impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon/fax: (0 33 34) 35 65 42 / 25 92 10

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/> und [.../bbp-blog/](http://bbp-blog/)

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Barglow, Ginnow-Merkert (2), Jede Kalms, gm (2), Paproth, Pfaff, Schreivogel, SSM

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 9. Oktober 2014

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 6. November 2014.